

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Einzelheft 4.50 Mk., monatlich 1.50 Mk.
 (Post ins Haus, vorauszahlbar, Einzelhefte
 Nummern 10 Pfennig. Holzbezug:
 monatlich, vom Postträger abzuholen
 1.50 Mk., vom Postträger ins Haus ge-
 bracht 1.64 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.— Mk., für das übrige Ausland
 4.50 Mk. monatlich. Versand ins Freie
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 Mk.
 Bestellungen nehmen an: Lüne-
 burg, Holland, Barmen, Schöneberg
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Nebenzeilen (Kolonnen) kosten
 50 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das
 festgedruckte Wort 30 Pfg. (zählend
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 15 Pfg. Stellenanzeigen und
 Geschäftsverhandlungen das erste Wort
 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Leihungsvermittlung 20%,
 Familien-Anzeigen, politische und
 gesellschaftliche Vereine - Anzeigen
 60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
 S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 27. Juli 1918.

Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Vertagung der österreichischen Krise.

Hussarek im Glück.

Budget und Kredite angenommen.

Wien, 26. Juli. Das Abgeordnetenhaus hat nach längerer Debatte in namentlicher Abstimmung mit 215 gegen 196 Stimmen ein sechsmonatiges Budgetprovisorium, sowie in einfacher Abstimmung den sechs Milliardenkredit angenommen. Die Mehrheit, die für die Vorlage gestimmt hat, setzte sich zusammen aus den Christlichsozialen, den deutschnationalen Parteien, auch den Deutschradikalen, den Rumänen, dem Polenklub und einem Teile der Italiener. Das Haus hat sodann die Sommerferien angeordnet.

Die kurze Tätigkeit des Abgeordnetenhauses hat in der Hauptsache sich darauf beschränkt, eine Regierung, die etwas zu wanken schien, davonzujagen und einer Regierung, die sich von dem Verdacht politische Absichten zu haben, glänzend gereinigt hatte, die „Staatsnotwendigkeiten“ zu bewilligen. So ist das von Seidler gestörte Gleichgewicht der Ungewissheit auf allen Seiten wiederhergestellt und damit der einzige Zustand, in dem Österreich noch so einigermaßen leben kann! Da niemand weiß, was wird, kann jeder hoffen, es werde sich ihm zum besten wenden. Ueber der Gegenwart liegt das Dunkel der Krankenstube, über der Zukunft erst recht.

Wie es heißt, hat es große Mühe gekostet, die radikalen Österreichischen, die sich Deutschradikale nennen, zur Annahme der „Staatsnotwendigkeiten“ zu bewegen und damit den antiparlamentarischen Kladderadatsch zu vermeiden. Der Sieg, soweit von einem solchen gesprochen werden kann, gehört den Polen. Daß man gegen die Deutschen nicht regieren kann, wurde gesagt, aber daß man es gegen die Polen nicht kann, wurde bewiesen!

Hussareks Programmrede.

Wien, 26. Juli. (Meldung des Wiener A. N. Tel.-Korr.-Büro.) Abgeordnetenhauses. Vor vollbesetztem Hause und dichtgefüllten Tribünen hielt Ministerpräsident Freiherr von Hussarek seine Programmrede, in der er ausführte:

Der gewaltige Krieg drückt allem öffentlichen Geschehen den Stempel auf und steuert dem politischen Wirken gebieterisch seine Fiele. Es gilt, in fester Gemeinschaft mit dem allverbündeten Deutschen Reich, mit dem uns stets hochgehaltene, im Feuer des Kampfes gebärtete und nun in noch innigerer Verknüpfung für die künftigen Zeiten unzerstörbare Bande der Freundschaft und Treue umschlingend (lebhafter Beifall links), sowie mit den tapferen Waffen-gefährten, die uns dieser Krieg gewonnen hat, das erfolgreiche Ende des furchtbaren Ringens zu erzwingen. Es gilt, nach Jahren harter Prüfung kraft der unvergleichlichen Heldentaten unserer tapferen Heere zu einem ehrenvollen Frieden zu gelangen, hinsichtlich dessen die berufenen Staatsmänner der Mittelmächte ihre niemand bedrohenden und auf die

allgemeine Bevölkerung

gerichteten Absichten (Beifall) öfters ungewöhnlich festgelegt haben. Die Regierung wird ihre ganze Kraft dafür einsetzen, um, soweit es an ihr liegt, zur Erreichung dieses heilig verehrten Zieles beizutragen (Beifall), für das die Nachkriegszeit nach außen allein nicht genügt, sondern das nicht minder auch innere Stärke und Geschlossenheit voraussetzt. (Zustimmung.)

Um diese aber zu erzielen, ist ein stetiges verfassungsmäßiges Zusammenwirken mit den ersten gesetzlich berufenen Vertretungskörpern unbedingte Voraussetzung, an der die Regierung unerbüchlich festhalten wird. (Beifall.)

Die nächste und unmittelbare Aufgabe ist die Fortsetzung des Budgetprovisoriums. Darüber hinaus wird es sich für die nächste Zukunft darum handeln, Vorbereitungen für die Klärung und Ordnung jener großen Fragen zu treffen, welche sich der ruhigen und wohlgeordneten Kontinuität unseres Verfassungslebens schon seit langem entgegenstellen, während des Krieges aber die Unaufschiebbarkeit ihrer Lösung scharfsens darzulegen haben. Ich meine die großen Gestaltungsprobleme nationalen Lebens im Staate, die nur innerhalb der Monarchie und durch ihre berufenen Gewalten zur Entscheidung gebracht werden können. Die Regierung erachtet es zunächst für ihre Pflicht, unablässig an der Erwerbung einer

Atmosphäre des Vertrauens

zu wirken, in welcher dann unter ihrer Führung an die schrittweise Bewältigung der zahlreichen komplizierten einschlägigen Aufgaben mit Würdigkeit für ihre Dauer herangetreten werden kann. In inniger Wechselwirkung mit diesen steht das Problem der zeitgemäßen Verwaltungsreform, welche wir uns im Wege einer ausgedehnten Heranziehung der Interessenten zu den Aufgaben der Verwaltung denken. Hierdurch würden zugleich die Voraussetzungen geschaffen, um auch für so manches Gebiet eine Entspannung zu erzielen, wodurch die berrührten Fragen unbereinigtem einer ruhigeren Behandlung zugänglich und schließlich lösbar gemacht würden. Nicht minder muß eine ständige Mitwirkung des Reichsrates in Angelegenheiten des Ernährungswesens gesichert bleiben. Es handelt sich hier um eine Existenzfrage der ganzen Bevölkerung. Eine ganz besondere und unaufschiebbare Bedeutung wird die Ordnung der Finanzen

Kämpfe beiderseits des Durcq, bei Vincelles und Brigny — Französischer Angriff zwischen Suippes-Tal und Conain.

Berlin, 26. Juli 1918, abends. Amtlich.
 An der Schlachtfront ein ruhiger Tag.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 26. Juli 1918. (W. T. D.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Südlich von Albert schlugen wir einen englischen Teilangriff zurück und machten im Nachstoß Gefangene. Erfolgreiche Vorstöße unserer Erkundungsabteilungen an vielen Stellen der Front.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem Schlachtfelde zwischen Aisne und Marne wurden heftige Teilangriffe des Feindes teils vor, teils in unserer Kampfgeleise abgewiesen. Beiderseits des Durcq dauerten die Kämpfe bis zum Abend an. Hier warfen wir nördlich von Dulhy le Chateau den Feind aus seinen vorderen Linien. Westlich des Ortes und südlich des Durcq schlugen wir im Gegenstoß die feindlichen Angriffe ab. Auch westlich von Vincelles (a. d. Marne) wurde der Feind im Walde von Ais nach heftigen Kämpfen vor unseren Linien abgewiesen.

Südwestlich von Reims säuberten wir das Waldgelände westlich von Brigny und schlugen heftige Gegenangriffe weißer und schwarzer Franzosen zurück. In der Champagne griff der Feind zwischen dem Suippes-Tale und Conain am frühen Morgen an. Er wurde im Gegenstoß abgewiesen.

In Luftkämpfen verlor der Feind gestern 28 Flugzeuge und 1 Fesselballon.

Leutnant Freiherr von Nidtschoten errang seinen 30., das Jagdgeschwader Nidtschoten damit seinen 500. Luftsieg. Leutnant Koenenhardt schloß seinen 44., Leutnant Wilt seinen 27., Leutnant Volle seinen 26. und Vizelfeldwebel Thom seinen 25. Gegner ab.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 26. Juli 1918. Amtlich wird verlautbart:
 Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei Canove in den Sieben Gemeinden scheiterte ein feindlicher Vorstoß. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Albanien.

Zwischen Kuci und dem Meere sind wir an mehreren Stellen bis an den Samen gelangt. Unser Vordringen ist heftige Gegenstöße des Feindes aus.

Der Chef des Generalstabes.

besitzen. Von der richtigen, energischen und raschen Lösung dieses Problems hängt das Schicksal aller Schichten der Gesellschaft und das Los jedes einzelnen ab. (Zustimmung.) Ebenso wird die Mitarbeit des Reichsrates erheischt für das große Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaues auf breiterer Basis.

Wir bringen den unerschütterlichen Glauben an die glorreiche Zukunft unseres Staatswesens, bringen den festen Willen mit, seine reichen Kräfte für den Dienst seiner edelsten Zukunftszwecke zu sammeln. Wir müssen bestrebt sein, die Grundlagen gemeinsamer vertrauensvoller Arbeit zu schaffen, die nicht ohne gegenseitige Offenheit und Wahrheit vollbracht werden kann. In dieser Richtung wenden wir uns zunächst an jene Gruppen, die nach ihrer grundsätzlichen Stellung schon früher an der Seite des im schwersten Kampfe ringenden Staates gestanden sind und halten uns die Pflichten dieses erprobten Verhältnisses auch unsererseits gegenwärtig. Wir möchten aber auch bei jenen, die eine ablehnende Haltung einnehmen, wenigstens jenes Maß von Vertrauen erringen, wie es loyale Gegner einander zollen können. Die Gerechtigkeit gegen alle, gegen jeden Volkstamm und jede soziale Schicht muß aber der oberste Leitfaden sein und bleiben. (Zwischenrufe der Abgeordneten Panz und Teufel: Wo ist der deutsche Kurs? — Lebhafter Gegenruf der Tschechen.) Wir würden uns glücklich schätzen, wenn es uns vergönnt wäre, ein Stück der Niesenarbeit, die die Zeit von unserem Vaterlande verlangt, gut und gebiegen zu leisten. (Lebhafter Beifall.)

Neue englische Kriegskredite.

London, 25. Juli. (Reuter.) Unterhaus. Bonar Law teilte mit, daß eine neue Kreditvorlage eingebracht werden würde. Zugleich werde auch eine Erklärung über die militärische Lage abgegeben werden.

Geld her zur Bekämpfung der Sozialdemokratie!

Der Reichsverband macht mobil.

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie erläßt folgenden Aufruf:

Berlin S.W. 11, im Juli 1918.
 Deffauer Str. 30.

Guer Hochwohlgeborene!

Die Hochstimmung des ersten Augusttages des Jahres 1914 ist bei der langen Dauer des Krieges verfliegen, Verbitterung herrscht in weiten Schichten des deutschen Volkes. Der Gedanke, die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die doch mit uns am Leben und Sein kämpft wie alle übrigen Volksglieder, durch fortwährende Zugeständnisse bei guter Laune zu erhalten und sie für die Erfüllung ihrer einfachen Pflicht zu belohnen, trägt unheilvolle Früchte.

Das deutsche Wirtschaftsleben, das durch verfehlte staatssozialistische Maßnahmen schon genug geschädigt ist, geht nach dem Frieden schweren Erschütterungen entgegen. Heftige Lohnkämpfe nach dem Kriege sind zu erwarten. Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß der nächste Reichstag die Durchführung des bewährten Bismarckschen Grundgesetzes „des Schutzes der nationalen Arbeit in Stadt und Land“ nicht mehr gewähren wird. Dann würden Reichstagsauflösungen sich häufen, wenn die bürgerlichen Parteien, die auf dem Boden obigen Grundgesetzes stehen, sich nicht erfolgreich zusammenschließen, um der roten Flut einen Damm entgegenzusetzen.

Da gilt es, beizeiten zu rüsten, um die drohenden politischen und wirtschaftlichen Kämpfe bestehen zu können.

Der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ muß abermals, wie vor den Wahlen des Jahres 1907, eine umfassende und großzügige Aufklärungsarbeit in die Hand nehmen. Dazu bedarf er erheblicher Mittel und ist am Werke, um diese Arbeit leisten zu können, einen

Wahlschatz

zu sammeln. Wollen wir nicht russischen Zuständen entgegensehen, wird Opferwilligkeit zur rechten Zeit unerlässlich sein, um den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft zu verhindern.

Wer die Zeichen der Zeit erkennt und dafür ist, daß mit der Fackel der Wahrheit in die weitesten Volkskreise hineingeleuchtet wird, um schwere Schädigungen des Volksganges zu verhindern, steht sich dem späteren Vorwurf nicht aus: Du hättest rechtzeitig das Deine dazu beitragen können, die drohende Gefahr abzuwehren.

Wir richten daher an Ew. Hochwohlgeborene die dringende Bitte, zu unserem Wahlschatz nach Kräften beizutreten, um darauf hinzuwirken, daß nicht die ideothe Gleichmacherei proletarischer Masseninstinkte auf den Trümmern der bürgerlichen Gesellschaft und unserer Wirtschaftsordnung die Welt regiert.

Wir sind im Verteidigungskrieg gegen den sozialdemokratischen Angriff. Zum Kriegsführen gehört aber Geld, Geld und nochmals Geld! Wir hoffen, daß unser Appell an Ihre oft bewährte Opferwilligkeit auch diesmal nicht vergebens sein wird und zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung
 ergebenste

Hauptstelle

des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie

- Der Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.
- Dirkl. Geh. Rat Graf von Arnim, M. d. S., Auslau.
- Oberleutnant a. D. Graf von Blücher, Rostock.
- General d. Inf. z. D. von der Voed.
- Dirkl. Geh. Rat von Dirksen, M. d. S., Gräbichberg.
- Landrat a. D. Graf zu Dohna, Potsdam.
- Landrat a. D. Dr. von Gohlar, M. d. S., Schäß bei Gubrau.
- Geh. Justizrat Haarmann, M. d. S., Dortmund.
- Syndikus Hirsch, M. d. S. und A., Essen.
- Generaldirekt. Reg.-Rat a. D. Kleindorff, Schloß Waldenburg.
- General d. Inf. z. D. von Liebert, M. d. S. (l. Vorf.), Berlin.
- Fürst von Pleß, M. d. S., Fürstenstein.
- Direktor Dr. Ruhna, Berlin.
- Landrat a. D. Röbiger, M. d. S., Berlin.
- Geh. Regierungsrat Dr. Schmidt, Berlin.
- Geh. Kommerzienrat Vorster, M. d. S., Köln.
- Landgerichtsdirektor Dr. Wagener, Dresden.

Der Aufruf erinnert rechtzeitig daran, daß nach dem Krieg der zweite Entscheidungskampf um die Zukunft Deutschlands beginnen wird.

Mit ungeheuren Mitteln wird uns der Kapitalismus entgegengetreten. Wenn nur die Unterzeichner des Schriftstückes selbst die von anderen geforderte Opferwilligkeit betätigen, so wird eine ungeheure Summe zusammenkommen, denn die Herren sind fast sämtlich steinreiche Großgrundbesitzer und Großindustrielle. Die wenden sich aber nun mit ihrem Schrein nach Geld, Geld und nochmals Geld an ihre Klassengenossen,

und wir zweifeln nicht daran, daß ihnen ein recht ansehnlicher Erfolg beschieden sein wird.

Noch keine Zeit hat so märchenhafte Kapitalanhäufungen gesehen wie die gegenwärtige. Während im Volk die bitterste Kriegsnot herrscht, werden von kleinen Kreisen der Bevölkerung Reichtümer auf Reichtümer gehäuft. Wir beschreiben in anderem Zusammenhang die Feststellung des württembergischen Finanzministers Vistorius, daß durch unvollkommene Veranlagung dem Reiche dreieinhalb Milliarden, das heißt dreitausendfünfhundert Millionen Mark entzogen worden sind. Fünfeinhalb Milliarden hat die Steuer auf den Kriegsgewinn gebracht, neun Milliarden hätte sie bringen müssen, dreieinhalb Milliarden sind verschwunden! Diese Ziffern zeigen, wie „verfehlte staatssozialistische Maßregeln“ von manchen Kreisen auf eigene Faust forrgiert werden, sie lassen aber auch Schlüsse auf die Finanzkraft der Schichten zu, die an der Bekämpfung der Sozialdemokratie besonders interessiert sind.

Würden die Steuer hinterziehenden Kriegsgewinnler nur ein Prozent der hinterzogenen Summen auf dem Altar des „Reichsverbandes“ opfern, so ergäbe das schon eine Summe von 35 Millionen. Dem Vater bleibe es überlassen, zu berechnen, wieviel Zeitungen, Redaktoren, Nationalökonom, Agitatoren mit dieser Summe bezahlt werden können, wieviel bedrucktes Papier für sie in die Massen geschleudert werden kann!

Kein Zweifel, bei den kommenden Entscheidungskämpfen werden wir einen Ansturm des Mammonismus erleben, von dessen Größe wir uns kaum noch eine Vorstellung machen können. In welchem Zustand wird dieser Ansturm das arbeitende Volk treffen? Von vornherein müssen wir uns sagen, daß wir uns an finanzieller Kraft mit unjeren Gegnern nicht messen können. Und so bleibt uns als beste Waffe gegen diesen Anprall der plumpen Materie nur unsere sozialistische Ueberzeugung, nur unser unererschütterlich festes Zusammenstehen. Als Volksheer, das für die eigene Sache steht, werden wir gegen die Söldnerscharen des Kapitals kämpfen.

Der Anruf unserer Gegner muß jedem denkenden Arbeiter zeigen, um was es geht, und muß ihm die Erkenntnis einhämmern, daß es Wahnwitz ist, die Kräfte der Bewegung in Bruderkämpfen zu zerblättern. Auch die „Christlichen“ werden sich sagen müssen, daß in diesem Riesenkampf ihr Platz nicht auf der Seite des goldenen Kalbes ist, die wirklich liberal Denkenden werden einsehen müssen, daß der drohende Mammonismus der Tod jeder persönlichen Freiheit ist. Zu den Arbeitern werden sich die Angestellten, die Beamten stellen, alles, was in Stadt und Land durch geistige und körperliche Arbeit Werte schafft, wird zusammenstehen müssen, damit wir nicht am Ende des Krieges einer unerträglichen Geldherrschaft erliegen.

Darf auch noch ein Wort nach einer anderen Seite hin gesagt werden? Der Anruf den wir oben wiedergeben, richtet sich gegen die deutsche Sozialdemokratie, in ihr erkennt er seinen Feind. Mit keinem Wort ist die Rede von sozialistischen Strömungen, die — wie sie selbst glauben — die Sozialdemokratie „von links her“ bekämpfen. Die sorgliche Schonung, mit der der Anruf des Reichsverbandes über diese Strömungen hinwegleitet, zeugt von anerkannter taktischer Geschicklichkeit. Dieses vorsichtige Schweigen zeigt aber auch, wo die größte Gefahr herrscht, wenn sozialdemokratische Organisationen gebrennt, sozialdemokratische Zeitungen boykottiert, sozialdemokratische Redner niedergebrellt werden. Die Frage läßt sich nicht unterdrücken: Wieviel Millionen ist wohl dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die Bereicherung der Arbeiterbewegung wert?

Es ist nicht bewahrter Verrat, sondern blinder Fanatismus, der solche Zustände hervorgerufen hat und an ihrer Verbreitung und Verschärfung noch immer planmäßig weiterarbeitet. Der Anruf des Reichsverbandes schafft nun so grelle Klarheit, daß Berranttheit kaum weiter noch als Entschuldigungsgrund gelten kann. Im Innern wollen wir unsere Meinungsverschiedenheiten austragen. Der parteipolitische Kampf gegen die Sozialdemokratie mag aber dem „Reichsverband“ und seinen angestellten Syndikats überlassen bleiben!

Japans Interventionshilfe.

Die Amerikaner und die Tschechoslowaken.

London, 26. Juli. Das Reutersche Bureau hat die amtliche Mitteilung erhalten, daß Japan den Vorschlag der Vereinigten Staaten, den tschechoslowakischen Armee in Sibirien beizustehen, angenommen hat.

Die Tschechoslowaken sind die ganz besondere Angelegenheit der Vereinigten Staaten. Eine besondere Disposition wird für sie ausgedrückt und die nicht geringe Zahl tschechoslowakischer Elemente, die zur amerikanischen Bevölkerung gehören, wird zweifellos als das Reservoir betrachtet, woraus die Meldung Reuters, daß Japan diesen Korps, die also in Wirklichkeit zu einer amerikanischen Truppe werden, „beistehen“ werde, verbirgt kaum mehr die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten die Seele der Intervention gegen die bolschewistische Macht sind. Japan leistet nur einen militärischen Aufschub.

Japans bisherige Politik als Bundesgenosse der Entente war, sich Pflichten vom Halbe zu halten, die seine Kräfte gebunden hätten. Dem entsprach nun auch das Bestreben Japans, der Gefahr aus dem Wege zu gehen, sich im Sinne französisch-englischer Wünsche in ein weitächtiges, in den Folgen schwer zu übersehendes sibirisches Abenteuer verstricken zu lassen. Diese Politik verwarf Japan, wie nun andeutungsweise sichtbar wird, auch jetzt nicht.

Der deutsch-ukrainische Friedensvertrag.

Wien, 24. Juli. Der Austausch der Ratifikationsurkunden über den deutsch-ukrainischen Friedensvertrag hat heute hier stattgefunden.

Wechsel im Wiener Zivilkabinett.

Seidler Kabinettsdirektor.

Der österreichische Kaiser hat seinen bisherigen Kabinettsdirektor Grafen Polzer, dem Beziehungen zum Pazifismus des Prof. Lammasch nachgesagt wurden, entlassen und den Mann des „deutschen Kurzes“, den bisherigen Ministerpräsidenten v. Seidler zu seinem Nachfolger ernannt. Man sieht darin allgemein eine Konzession an die Deutschen.

Das Schwarze Hundert und die Ermordung Mirbachs.

Die „Zweitsifa“ vom 14. Juli schreibt: Es würde uns keineswegs wundern, wenn die genaue Untersuchung des Todes des Grafen Mirbach uns zeigen sollte, daß der Anfangsimpuls aus den Reihen des „Schwarzen Hundert“ stammt und daß die Linken Sozialrevolutionäre nur das traurige Werkzeug in den Händen dieser erfahrenen Meister dunkler Taten sind. Schon vor zwei Monaten sind in Moskau Gerüchte verbreitet worden, daß die Reaktionäre ein Attentat auf den deutschen Gesandten vorbereiten, um auf diese Weise eine bewaffnete Einmischung Deutschlands herbeizurufen, welche mit der Wiederherstellung der Monarchie enden sollte.

Der Streik der englischen Munitionsarbeiter.

Stockholm, 26. Juli. Laut einem Londoner Telegramm an „Stockholms Tidningen“ begann der Streik der englischen Munitionsarbeiter infolge Zwangsankerkennungen von ausgebildeten Arbeitern durch die Regierung in den Kriegsmaterialfabriken am Dienstag in Coventry, wo 12 000 Mann die Arbeit einstellten. Mittwoch dehnte sich der Streik auch auf Birmingham aus, so daß die Gesamtzahl der Streikenden bereits auf 71 000 gestiegen ist. Das Kriegskabinett trägt sich mit dem Gedanken, sie an die Front zu schicken, falls sie nicht die Arbeit wieder aufnehmen. Auch in Manchester und anderen Städten wird mit dem Streik gedroht.

Bern, 26. Juli. Die englischen Zeitungen vom Montag fahren fort, dem drohenden großen Munitionsarbeiterstreik bedeutenden Raum zu widmen. Die Versuche des Munitionsministeriums, zwecks Abwendung des Streiks mit den Arbeitern in Coventry zur Einigung zu gelangen, waren bis Sonntag abend erfolglos, dagegen soll anscheinend eine auf Befehl der Regierung von der Föderation entlassener Soldaten einberufene Massenversammlung, wobei Kriegsinvaliden in glühenden Reden die Arbeiter beschworen, in dieser kritischen Zeit in der Herstellung der Munition keine Unterbrechung eintreten zu lassen, in Coventry einen gewissen Eindruck gemacht haben. Andererseits wurde bei einer Massenversammlung in Birmingham, die angeblich 80 000 Arbeiter repräsentierte, beschlossen, die Arbeit am Mittwoch niederzulegen, sofern nicht inzwischen das beanspruchte „Embargo“ des Munitionsministers zurückgenommen würde. In Liverpool und Manchester war die Stellungnahme der Arbeiter am Sonntagabend zweifelhaft.

Das Munitionsministerium scheint entschlossen zu sein, an dem fraglichen Embargo, das als unumgängliche Zwangsrationierung der verfügbaren geschulten Arbeiter über die für die Rüstungsindustrie arbeitenden Werke hinstellt, trotz der Streikdrohungen festzuhalten. Es ließ an etwa hundert Fabriken, wo bisher das Embargo verfügt wurde, Sonnabendnachmittag entsprechende Bekanntmachungen anhängen.

Das Haager Gefangenenabkommen.

London, 25. Juli. Unterhaus. In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Cobet: Das Haager Abkommen über den Austausch und die Behandlung der Gefangenen wird nur in Wirklichkeit treten, wenn es von beiden Regierungen ratifiziert ist. Ferner ist es abhängig von einem besonderen Vorbehalt, den die deutschen Delegierten gemacht haben. (Es betrifft bekanntlich die deutschen China-Gefangenen.) Die Abmachung sieht die beiderseitige Heimführung aller Kombattanten einschließlich der in Holland und der Schweiz Internierten vor, die 18 Monate in Gefangenschaft waren. Alle Zivilpersonen können, wenn sie es wünschen, zurückkehren, wobei die geringere Anzahl von britischen Zivilisten durch eine entsprechend höhere Anzahl von Kombattanten ausgeglichen wird.

Arbeiterminister Barnes über die Gelegenheit, den Krieg zu beenden.

London, 25. Juli. Reuters erklärt: Der Arbeiterminister im Kriegskabinett Barnes telegraphierte kürzlich an die amerikanische Arbeiterföderation, daß die von Wilson in seiner Adresse an die amerikanischen Truppen am 6. Juli mitgeteilten Kriegsziele die allgemeine Billigung der Arbeiterkraft finden. Seit der Festlegung der Kriegsziele durch Lloyd George im Januar sowie durch Wilson und durch die Kriegszieleklärungen der Arbeiterpartei könne man von dem Gegenstand sagen, daß alle vernünftigen Menschen darüber einig seien, wenn die Zentralmächte nur ihre Bereitschaft erklären wollten, diese drei Erklärungen sich zu eigen zu machen. Dann dürfe man sagen, daß das Ende des Krieges in greifbarer Nähe, wenn nicht wirklich gekommen sei.

Um zu wissen, wie Barnes das meint, muß man sich erinnern, daß er wie auch die anderen Arbeiterminister Lodge und Roberts als stramme Vertreter imperialistischer Kriegsziele dem Ministerium Lloyd George angehören. Sie teilen den Standpunkt der nationalsozialistischen Parteigruppe um Hyndman, die unlängst energisch gegen die Beschlüsse des Londoner Kongresses der Arbeiterpartei protestierte, weil sie nichts mit dem Gedanken einer internationalen Konferenz zu tun haben will. Lodge hat bereits die Konsequenzen gezogen: er hat seinen Austritt aus der Arbeiterpartei angekündigt und verjagt nun, auch die Gewerkschaft der Eisenschmelzer, zu der er gehört, zur Lostrennung von der Arbeiterpartei zu bewegen. Es heißt aber, daß er nicht der einzige Minister sein werde, die so handeln. Roberts wird bereits mit Namen genannt, und Barnes denkt über den Krieg wie er.

Allerdings hat Barnes sich jetzt auf die Kriegszielklärung der Arbeiterpartei berufen. Aber wie immer er sein Verhältnis zur Partei in Zukunft gestalten will, man weiß von ihm, daß auch er die Politik der Jingo's ohne Abstrich will, und das bedeutet: Deutschland soll sich die Kriegsziele der Lloyd George usw. in dem Sinne zu eigen machen, wie die britisch-amerikanischen Imperialisten sie auffassen, also im Sinne der Unterwerfung eines Besiegten.

Der ukrainische Eisenbahnerstreik.

Wien, 25. Juli. (W. L. B.) Im Eisenbahnerstreik ist eine offensivere Wendung zum Besseren eingetreten. Auf den Hauptlinien verkehren täglich je zwei Zugpaare, und auf allen Nebenlinien je ein Zugpaar für Zwecke des deutschen Militärs. Der Vorortverkehr, der Sommerortverkehr und der Dienstverkehr ist zum großen Teil wieder aufgenommen. Die Eisenbahner beginnen hier und da über die Wiederaufnahme des Verkehrs zu verhandeln. Ostlich des Dnjestr hatte der Streik von vornherein nur geringe Ausdehnung.

Die „Kruppgewehre“ der Usterleute.

Rotterdam, 26. Juli. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge hat die Rückkehr der irischen Parlamentsmitglieder eine doppelte Veränderung hervortreten lassen. Viele, die den Nationalisten früher gut gesinnt waren, sind jetzt lau geworden. Andererseits hat sich die Stimmung der irischen Abgeordneten infolge der Ereignisse in ihrer Heimat sehr verschärft.

Verham fragte im Unterhause, was die Regierung mit den in Deutschland verfertigten Waffen zu tun gedenke, die die Usterfreiwilligen haben.

Short erklärte, sie würden ausgeliefert werden. Aber in Beantwortung späterer Fragen von Deblin konnte er nicht mit Bestimmtheit sagen, daß in Ulster wirklich Hausdurchsuchungen vorgenommen und Waffen abgenommen worden seien. Er erklärte, er wisse nichts von der Herkunft der Waffen. Als Deblin ihn fragte, ob es ihm bekannt sei, daß Krupp sie angefertigt habe und daß sie gegen die Hälfte der Selbstkosten an die Usterfreiwilligen verkauft worden seien, wollte er sich auf keine Antwort einlassen.

Als Deblin nach der Antwort fragte, die die Usterfreiwilligen auf die Aufforderung der Waffenauslieferung gegeben hätten, erklärte Oberst Craig feierlich, daß das Kriegsministerium zu seiner Befriedigung sich leichweise einiger Gewehre habe bemächtigen können. Als der Beifall der Nationalisten über diese Erklärung verstummte, erklärte Short, daß ihm dies neu wäre. Deblin griff die Erklärung geschickt auf und fragte, ob man alle Waffen einfordern werde, da es offenbar von militärischem Nutzen sei.

Short erklärte, daß er die Waffen in die Hand bekommen wolle. (Erneuter Beifall bei den Nationalisten.)

Swift Mac Reill sprach die Vermutung aus, daß Frederic Smith und Carson wohl erzählen könnten, wo sich die Waffen befänden.

Zwischen Reims und Soissons.

Französischer Bericht vom 25. Juli abends. An der Curca-Front haben sich die Kämpfe mit demselben Erfolg wie an den vorhergehenden Tagen abgepielt. Nördlich des Flusses besetzen wir Cully-La Ville. Südlich erzielten die französisch-amerikanischen Truppen einen Fortschritt, der an einigen Stellen drei Kilometer erreichte, trotz sehr lebhaften Widerstandes besonders in der Gegend von Dormans. Südöstlich von Armentières nahmen wir die Höhe 11 und überschritten den Bach Kanteuil. Weiter südlich nahmen wir das Dorf Coigny und den größten Teil des Waldes von Tournelle und drangen weit in den Wald von La Fère vor, bis zur Höhe der allgemeinen Linie Veauvards-De Charmel. Wir rückten auch unter guten Bedingungen im Walde von Ris und nördlich von Dormans weiter vor. Südwestlich von Reims gelang es dem Feind, infolge heftiger Angriffe gegen unsere Stellungen zwischen Brigny und St. Euphrasie auf der Höhe 240 Fuß zu fassen. Unsere Truppen gewannen diese Höhe beinahe gänzlich wieder und machten etwa 100 Gefangene.

Portugal strebt stärkere Kriegsbeteiligung an.

Bern, 25. Juli. „Temps“ meldet aus Lissabon: Poes verläßt vorgestern bei Eröffnung des Kongresses eine Botenschaft. Er erklärte, die alte republikanische Verfassung bleibe bis zur Revidierung durch das Parlament in Kraft. Der von ihm unternommene Staatsstreik sei im nationalen Interesse notwendig gewesen. Die Demagogie habe gestürzt werden müssen. Poes erhob Einspruch gegen die Anwürfe, wonach er reaktionäre Absichten habe. Er stehe auf republikanischem Standpunkte und habe die öffentliche Wohlfahrt im Auge. Während seiner Amtszeit sei die Ordnung wiederhergestellt und die wirtschaftliche Lage Portugals befestigt worden. Portugal habe seine Verpflichtungen den Alliierten gegenüber voll und ganz erfüllt. Die Regierung organisiere in größerem Umfange eine Beteiligung Portugals am Kriege.

Entente-Propaganda in Deutschland.

Wißlungener Schmuggelversuch.

Offiziell wird gemeldet:

Bei einer Zugrevision von aus Holland kommenden Leertwagen wurden in dem Wagen Eisen Nr. 28854 unter Tonfächerben versteckt mehrere Exemplare einer Schrift „Frühlingsblut“ gefunden, welche unsere angeblichen Verluste bei der Offensiv wiedergeben und in Deutschland Verbreitung finden sollten. Diesen Schriften lag ein grüner Zettel bei, auf welchem die deutschen in Holland wohnenden unabhängigen Sozialisten das Richtungszeichen derartiger gegen Deutschland gerichteter Propagandaschriften rechtfertigen. Die Form dieses Propagandamaterials läßt erkennen, daß es von Ausländern herrührt. Es ist dies ein erneuter Beweis, mit welchen Mitteln die Entente auf die Kampfsensibilisierung in Deutschland zu wirken versucht.

So geheimnisvoll auch die Meldung klingt, scheint sie doch besagen zu sollen, daß es sich um das Werk von Ausländern handelt, für das keine deutsche Partei die Mitverantwortung trägt.

Nach ein „deutscher Wirtschaftsrat für Mitteluropa“ ist in Berlin gegründet worden. Zum Vorsitzenden wurde Generaldirektor Ballin gewählt. Dem vorbereitenden Ausschuss gehören weiter u. a. an: v. Holkenhoff-Berlin, Engelhardt-Mannheim, Williger-Kottowitz und Bosh-Stuttgart.

Die Judenfrage Rumäniens. Die Gesetzesvorlage über die Naturalisierung der Juden wurde vom rumänischen Senat mit 89 gegen 2 Stimmen angenommen. Der Minister des Inneren Leon Constant bei Verhandlung der Vorlage, daß bei Revision des Artikels 7 der Verfassung die Judenfrage später ihre endgültige Lösung finden werde. Ferner erklärte Leon, daß die Gleichberechtigung der Juden Rumäniens nicht von den Mittelmächten aufgezogen worden sei, sondern daß die rumänische Regierung dem Verlangen des Vierbundes gern entgegengekommen wäre.

Ein amerikanisches Spionagerest. „Temps“ meldet aus Washington: Der frühere Direktor der „Deutschen Staatsaktion“ des Staates Mississippi, der eines Verstoßes gegen das Spionagegesetz schuldig erklärt wurde, erhielt sechs Jahre Gefängnis und 500 Dollar Buße.

Die Militarisierung Amerikas. Washington, 24. Juli. (Reuters.) Bei der Wiedereröffnung des Kongresses wird der Senat für den Krieg, Baker, Pläne zur Änderung des Dienstalters und zu einer erweiterten Mobilisierung einbringen.

Dreieinhalb Milliarden Kriegs- steuern verschwunden!

Feststellung des württembergischen Finanzministers.

In dem Finanzausschuß der Zweiten Kammer erklärte der württembergische Finanzminister v. Pistorius, daß die Kriegsteuer statt 5,5 Milliarden neun Milliarden Mark gebracht hätte, wenn das württembergische Veranlagungsverfahren im ganzen Reich eingeführt wäre. Infolge der Verschiedenheiten in den bundesstaatlichen Einkommensteuersystemen ergäben sich krasse Unterschiede. So hätten z. B. die Daimlerwerke, deren Sitz bekanntlich Stuttgart ist, 31 Mill. Mark Steuern zahlen müssen, während das Kruppische Riesenunternehmen in Essen mit 34 Millionen Mark davonkommen sei.

Angeichts dieser schreienden Tatsachen mutet es bizarr an, daß der bayrische Finanzminister v. Breunig noch immer starrköpfig auf der Erklärung beharrt, ein Bedürfnis für eine einheitliche Veranlagung der Einkommensteuer bestehe nicht!

Gleiches Wahlrecht oder - Verständigung!

Die „Norddeutsche“ und Scheidemann.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt:

„Anknüpfend an unseren Artikel „Wahlrechtsreform und Landtagsauflösung“ vom 24. d. M. (Nr. 373 der „Nordd. Allg. Ztg.“) hat gestern der „Vorwärts“ (eine Zuzchrift des Abg. Scheidemann) veröffentlicht, in der die letzten Unterredungen behandelt werden, die zwischen den Führern der sozialdemokratischen Partei und dem Stellvertreter des Reichskanzlers sowie dem Reichskanzler selbst über die preussische Wahlrechtsfrage stattgefunden haben.

Die Zuzchrift bekräftigt die schon gezeigten von uns wiedergegebene Meldung des „Kasseler Volksblattes“, wonach Herr Scheidemann im Gegenzug zu den ersten Presseausreden über seine Kasseler Rede nicht erklärt hat, daß der Reichskanzler oder sein Stellvertreter ihm und Herrn Ebert die Auflösung des preussischen Landtages vor dem nächsten Winter als jetzt schon für alle Fälle feststehend angekündigt habe. Auch nach der Darstellung des Herrn Abgeordneten Scheidemann haben vielmehr der Reichskanzler und Herr v. Böhner die Landtagsauflösung nur unter der Voraussetzung in Aussicht gestellt, daß bis zum Winter keine Verständigung über die Wahlrechtsreform zustande gekommen sei.

Dieser Sachverhalt deckt sich durchaus mit den Angaben einer Zuzchrift von parlamentarischer Seite, die gestern in der „Post“ veröffentlicht worden ist. Wir entnehmen dieser Zuzchrift die folgenden Sätze:

„Scheidemanns Mitteilung, daß Graf Hertling und Herr v. Böhner ihm für den Winter die Auflösung des Abgeordnetenhauses wegen des Wahlrechtsproblems zugesagt haben, trifft selbstverständlich für den Fall zu, daß über diese Frage keine Verständigung zwischen den gesetzgebenden Faktoren zu erzielen ist. Für den unangenehmen Fall, daß die Landtagsauflösung nicht mehr, wenn auch über das Herrenhaus zu einer Verständigung mit dem Abgeordnetenhause nicht zu gelangen wäre, eine Auflösung des Abgeordnetenhauses trotz der entgegenstehenden Bedenken nicht zu umgehen sein würde. Es mag aber ganz nützlich sein, jetzt wieder bösig herzustellen, daß der Ausgang der Landtagsverhandlungen über die Wahlrechtsfrage nur Verständigung oder Auflösung sein kann.“

Ueber den augenblicklichen Stand der Wahlrechtsfrage besteht also unseres Erachtens völlige Klarheit. Die Regierung hofft zunächst noch darauf, daß die vorhandenen Schwierigkeiten sich auf dem Wege der Verständigung lösen lassen. Sie wird darin durch die Ermüdung bestärkt, daß wohl keine Partei, auch die sozialdemokratische nicht, den Wunsch hegt, es zu der Landtagsauflösung kommen zu lassen, wenn es möglich sein sollte, die zugesicherte Wahlrechtsreform auf eine Weise zustande zu bringen, die dem von außen betrachteten Vaterlande ernste politische Kämpfe in der Heimat erspart.

Darüber, ob diese Möglichkeit vorliegt, kann man natürlich verschiedener Ansicht sein. Es hat aber um so weniger Zweck, jetzt öffentliche Meinungsverschiedenheiten dieser Art zu erörtern, als der Reichskanzler klar und deutlich bekundet hat, er werde, falls seine Zuzusicherung auf Verständigung sich als trügerisch erweisen sollte, unbedingt zu der Landtagsauflösung schreiten.“

Da die „Nordd. Allgem. Ztg.“ immer nur von einer „Verständigung“ spricht, so muß noch einmal an den Verlauf der Unterredung vom 5. Juni erinnert werden.

Auch der Kanzler bediente sich zunächst der Formel: „Entweder Verständigung oder Auflösung“. Ueber diese Verständigung sprachen sich dann die sozialdemokratischen Vertreter sehr deutlich aus. Ein Wahlrecht mit „Sicherungen“ oder ein Mehrstimmenrecht à la Wiesbarts würde von der Arbeiterklasse als die Einlösung des feierlichen Versprechens nicht anerkannt werden. Daraufhin sagte der Kanzler zum Schluß: „Es bleibt also dabei, entweder gibt es das gleiche Wahlrecht vor dem Winter oder die Auflösung.“

Es ist nicht vertrauensfördernd, wenn die „Nordd. Allgem. Ztg.“ jetzt wieder zu der Formel zurückkehrt: „Verständigung oder Auflösung“. Unter Verständigung versteht die Kompromißagenten vom Schloß des Herrn v. Zedlitz die Bildung eines auf dreifachem Mehrstimmenrecht aufgebauten durch Sicherungen an Händen und Füßen gebundenen Parlaments. Warum sagt die „Norddeutsche“ nicht, daß die „Verständigung“ nur auf dem Boden des gleichen Wahlrechts gefunden und daß sie nicht durch Entziehung des Parlaments erkauft werden kann?

Die „Norddeutsche“ spricht sechsmal von „Verständigung“, nicht ein einziges Mal vom „gleichen Wahlrecht“. Ist das offiziöses Ungeheißel oder diplomatische Abfäulung oder beides zugleich?

Auf alle Fälle muß nochmals daran erinnert werden, daß der Kanzler erstens sagte, er halte immer Wort, und zweitens nach der unwiderbrochenen Darstellung Scheidemanns erklärte: „Entweder gibt es das gleiche Wahlrecht vor dem Winter oder die Auflösung.“

Gibt es erwerbsunfähige Reichstags- abgeordnete?

Mit dieser Frage hatte sich das Reichsversicherungsamt zu beschäftigen.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Bedmann aus Bochum war im Jahre 1911 als Vergewinn auf der Rede Konstantin der Große schwer verunglückt; bei dieser Gelegenheit war Bedmann die untere Hälfte des rechten Oberarms abgequetscht worden, ferner hatte er einen komplizierten Bruch des rechten Unterarmes erlitten. Neben einer Beinshiene trägt Bedmann eine Prothese. Der Sektionsvorstand sprach Bedmann bis zum 22. März 1918 die volle Rente und dann eine Rente

in Höhe von 85 Proz. zu. Die Berufung zog Bedmann zurück, nachdem die Berufungsgenossenschaft nach Einholung eines ärztlichen Gutachtens sich bereit erklärt hatte, die Vollrente weiter zu zahlen. Am 1. November 1918 die Rente auf 85 Proz. herabgesetzt worden war, legte Bedmann abermals Berufung ein und beantragte die Zustimmung der vollen Rente, weil er wegen seines gebrechlichen Zustandes auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt keine Verwendung mehr finde. Die Berufung wurde aber abgewiesen und u. a. ausgeführt, Bedmann gebe ohne Stoß verhältnismäßig flott und sicher und habe inzwischen gelehrt, mit der linken Hand zu schreiben. Bei gutem Willen sei ein intelligenter Mann wie Bedmann fähig, Kasseieren- und Bureauarbeiten zu verrichten oder einen sonstigen Vertrauensposten zu bekleiden; hierfür spreche auch, daß Bedmann sein Reichstagsmandat ausübe und nach Berlin reise. Als gänzlich arbeits- und erwerbsunfähig könne Bedmann nicht angesehen werden. Die Berufungsgenossenschaft habe nur für die infolge eines Unfalls bestehende objektive Minderung der Erwerbsfähigkeit, nicht aber für durch Mangel an Arbeitsgelegenheit entgehenden Arbeitsverdienst aufzukommen. Das Reichsversicherungsamt trat in letzter Instanz der Vorentscheidung bei.

Die rechtliche Stellung der russisch-polnischen Arbeiter.

Aus Dortmund wird uns geschrieben:
Zwei russisch-polnische Arbeiter hatten sich bei einem Tiefbauunternehmer in Brambauer (bei Dortmund) verpflichtet. Als am 3. März der Friede mit Rußland in Versailliers unterzeichnet war, glaubten sie, ihr Vertrag sei abgelaufen, und sie beschloßen, nach ihrer polnischen Heimat zurückzukehren. Bei der Ausführung dieses Entschlusses wurden sie aber am 9. März auf dem Bahnhof in Dortmund festgenommen und wegen Grenzüberschreitung mit einem Strafbefehl über 150 M. bedacht. Vor dem Schöffengericht in Lünen erzielten sie jedoch Freisprechung von Strafe und Kosten, weil das Gericht den Ausführungen des Verteidigers folgte, daß die Russisch-Polen nach dem Friedensschluß vom 3. März nicht mehr als feindliche Ausländer zu betrachten waren, obwohl der Vertrag erst am 17. März von den beteiligten Regierungen ratifiziert worden sei. Der Amtsanwalt legte Berufung ein, da der 17. März für den Friedensschluß maßgebend sei, insoweit sich die beiden Polen strafbar gemacht hätten. Ehe die Berufung zur Verhandlung kam, wurde durch eine Bekanntmachung des Kommandierenden Generals des 7. Armeekorps eine neue Rechtslage geschaffen, indem kurzerhand angeordnet wurde, daß die auf die Kriegsbauer abgeschlossenen Verträge der russisch-polnischen Arbeiter von dem Friedensschluß in Versailliers unberührt blieben, da dieser sich nur auf die losgelassenen Handstaaten, vor allem auf Polen, beziehe. Dieser Auffassung schloß sich vor einigen Tagen die Dortmunder Strafkammer an und verurteilte die beiden Polen zu je 10 M. Geldstrafe.

Das Urteil ist zweifellos unhaltbar, da zwischen Deutschland und dem polnischen Staate kein Kriegszustand besteht, die Russisch-Polen also unmöglich als „feindliche Ausländer“ angesehen werden können. Jedenfalls ist es notwendig, die rechtliche Stellung dieser Leute baldigt und restlos klarzustellen.

Existenzfragen der deutschen Textilindustrie nach dem Kriege.

Die Chemischer „Volkstimme“ hat vor einiger Zeit zum Schutze der deutschen Textilindustrie ein radikales Einführungsverbot für Webwaren für die Zeit der Uebergangswirtschaft gefordert. Jetzt nimmt dazu Genosse Krähig Stellung, indem er — gleich uns — die Forderung auf diese Formel ablehnt und die große Erwidlungsfähigkeit der Textilierstofffabrikation hervorhebt: „Ich bin gewiß nicht dafür, daß wir uns in einem eventuellen Wirtschaftskriege widerstandslos kapitulieren lassen sollen, aber ich halte das von der „Volkstimme“ vorgeschlagene Mittel nicht für geeignet, den erforderlichen Widerstand zu leisten. Inwieweit gilt es zunächst zu erwägen: entweder der Bedarf unserer Bevölkerung an Bekleidungsgegenständen beträgt eine langjährige radikale Absperrung textiler Halb- und Fertigfabrikate, dann ist die Rohstoffabsperrung von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil wir dann unabhängig sein müssen von jener uns versperrten Rohstoffversorgung und demzufolge die Gegenpartei nicht angewunden brauchen, weil die Gegner, wie ich weiter unten zeige, die Rohstoffpreise nicht jahrelang durchzuführen können, oder aber der Bedarf unserer Bevölkerung beträgt eine solche radikale Absperrung der Einfuhr textiler Fabrikate nicht, dann können wir sie nicht anwenden. Ich sehe auf folgendem Standpunkt: Gleichviel wie sich die Verhältnisse gestalten mögen, Garne und auch Webwaren, vor allem aber Garne müssen wir sofort einzuführen suchen, so viel wir bekommen können, damit alle Betriebe der Textilindustrie ziemlich zu gleicher Zeit und sobald wie möglich in Gang kommen. Sobald der Krieg zu Ende ist, werden ja die Spinnfasermengen frei, welche die Kriegs-Rohstoffabteilung in den Händen hat, so daß also die Spinnereien unter Zuhilfenahme der Stapelfaser zunächst Beschäftigung haben. Bekommen wir nun auch noch vom Ausland Garne, so nehmen wir sie herein und beliehen damit und mit unseren eigenen Garnen die ganzearbeitenden Betriebe. Wir erhalten da zunächst Waren für den dringenden Bedarf. Inzwischen sehen wir, wie sich die Verhältnisse weiter gestalten werden. Ich sehe in der Rohstofffrage nicht so schwarz wie andere. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Rohstoffversorgung der Textilindustrie im ersten Jahre nach dem Kriege schwer sein wird, auch dann, wenn kein Wirtschaftskrieg kommt, daß sie aber auch dann nicht zum Zusammenbruch der Industrie führen wird, wenn uns die Rohstoffe in den Erzeugungsgebieten der Entente-Länder vorenthalten werden. Richtig ist da allerdings, daß schon jetzt unsere Stapelfasererzeugung durch Umwandlung von Zellulose auf breitere Basis angelegt wird. Hier arbeitet die Kriegswirtschaft noch viel zu langsam. Die Errichtung solcher Fabriken erfordert eine lange Bauzeit und je länger die Regierung zaudert mit dem Nachhaken, daß die Errichtung solcher Stapelfaserfabriken durch Patentstreitigkeiten nicht mehr gehindert werden kann, um so mehr beschleunigt sie die Gefahr herauf, daß wir einem eventuellen Wirtschaftskriege nicht genügend gerüstet gegenüberstehen. Die gesamte Stapelfaser, für die wir in unserem Inland genügend Rohstoffe im Lande haben, eignet sich, besonders gemischt mit etwas Baumwolle oder Wolle, ausgezeichnet zur Herstellung von Wäsche und Kleidung. Mit etwas Baumwolle gemischt kann die daraus gefertigte Wäsche wie reine Baumwolle- oder Leinwand gewaschen werden, und mit etwas Wolle gemischt, liefert sie den prächtigsten Wollleidstoff. Auch für die Wollereien ist das Garn idealer Rohstoff. Sowie Baumwolle und Wolle bekommen wir selbst bei der Absperrung durch die Entente aus anderen Erzeugungsgebieten herein, wie nötig sein wird, die Stapelfaser genügend damit zu mischen. Flachsbekleidungen für unsere Leinwandindustrie sicher über den erforderlichen Bedarf herein, so daß die Flachspinnereien mit Hochdruck arbeiten können, um auch noch Baumwollwebereien mit Garn zu versorgen. Ganz und Jute können wir gut ersetzen durch die Tappafaser aus unserem Kolbenkalk und durch die verschiedenen Papiergarne, von denen das Zellulose für diese Zwecke das Beste ist. Wir haben dann noch die Kesselfaser, die uns mit ausheilen kann, sowie die Torffaser, die

mit Wasse gemischt die Erzeugung schwerer Valletstoffe und ähnliches ermöglicht. Dieser die Versorgung mit Seide. Die braucht uns keine großen Kopfmühen zu machen. Sobald der Krieg zu Ende sein wird, läuft die Entente den italienischen Seidenüberfluß sicher nicht mehr auf; der Italiener wird heilfroh sein, wenn wir ihn kaufen.“

Erweiterung der Aufgaben der Mieteinigungsämter.

Zu dem Artikel in Nr. 186 des „Vorwärts“ vom 19. d. M. wird uns aus Dortmund geschrieben:

Wie sehr die Bundesratsverordnung vom 26. Juli 1917 verbesserungsbedürftig ist, hat der Dortmunder Oberbürgermeister in einer Eingabe an den Regierungspräsidenten in Arnsberg überzeugend nachgewiesen. Diese Eingabe, die in einer kürzlichen Stadtverordneten überreichen Druckschrift über die Wohnungsfrage abgedruckt ist, geht davon aus, daß es in der ersten Zeit vorwiegend Arbeiter waren, die das M. E. A. in Anspruch nahmen; jetzt könne dagegen eine erhebliche Inanspruchnahme durch Kreise der mittleren Bevölkerung festgestellt werden. Während die Mietsteigerungen bei den Arbeiterwohnungen im Durchschnitt 15 Proz. nicht übersteigen, belaufen sich die Steigerungen bei den Wohnungen von fünf bis acht Räumen innerhalb der Dauer des Krieges bis zu 50 und 60 Proz. Obwohl das M. E. A. auch dagegen mit Erfolg angegangen ist, habe sich aber herausgestellt, daß seine Befugnisse nicht weit genug gestreckt sind. Insbesondere habe sich ergeben, daß die Beschränkung, daß stets eine Kündigung des Vermieters vorliegen muß, um eine Entscheidung des M. E. A. herbeizuführen, den Bedürfnissen nicht Rechnung trägt. Durch jene Beschränkung werden z. B. alle diejenigen Fälle der Entscheidung entzogen, in denen der Mietertrag auf einen fest bestimmten Zeitraum abgeschloffen ist und deshalb ohne Kündigung des Vermieters zu dem bestimmten Zeitpunkt abläuft. In allen diesen Fällen ist einer unbegrenzten Erhöhung des Mietpreises Tür und Tor geöffnet, da der Mieter das M. E. A. nicht anrufen kann. In solchen Fällen seien Mietsteigerungen um 50 Proz. und mehr festgesetzt, ohne daß dem Mieter geholfen werden kann. Sie waren infolge des herrschenden großen Wohnungsmangels zur Anerkennung der geforderten Erhöhung gezwungen. Ferner sind Fälle festgestellt worden, in denen der Vermieter nur von Vierteljahr zu Vierteljahr vermietet, so daß er dem Mieter in bezug auf die Miete die vollständig in der Hand hatte. Weiter sind dem M. E. A. entzogen die Fälle, in denen Mietpreiserhöhungen vorgenommen werden, ohne daß gleichzeitig für den Fall der Nichtannahme die Kündigung ausgesprochen wird. Der Mieter, der weiß, daß er bei einer Kündigung seine Wohnung findet, wird unter diesen Umständen lieber zahlen, als es schließlich zur Kündigung kommen zu lassen. Auf diese Weise wird zwar der Mieter in der Wohnung gehalten, die Mietpreise steigen aber in ungemeinem Maße und werden für die Dauer zu einer drückenden Last und für die Zukunft zu einer schweren Gefahr. Ferner wird als ein erheblicher Mangel empfunden, daß das M. E. A. nicht in der Lage ist, bei Neuvermietungen über die Angemessenheit des Mietpreises zu entscheiden. Auch dadurch wird die preideregulierende Absicht der Bundesratsverordnung zunichte gemacht. Für die Gebrauchsgüter des täglichen Lebens sind Höchstpreise festgesetzt worden, um auf diesem Gebiete dem Wucher entgegen zu treten. In gleicher Weise ist auch ein Schutz erforderlich gegen wucherische Mietpreise; die Möglichkeit, zu angemessenen Preisen wohnen zu können, ist ebenso schutzbedürftig, wie die Möglichkeit, zu angemessenen Preisen die Gebrauchsgüter des täglichen Lebens erwerben zu können. „Es erscheint — heißt es nach Anführung einiger krasser Beispiele weiter — erwerbswert, neben der Möglichkeit einer Anrufung des M. E. A. zur Herabsetzung eines unter dem Zwange der Verhältnisse vereinbarten unangemessenen hohen Mietpreises, auch den Mietzinswucher unter Strafe zu stellen.“ Ein weiterer Uebelstand ergibt sich, wenn ein Mieter selbst keine Wohnung gefunden hat und sich eine andere Wohnung gemietet hat, diese aber nicht bezuziehen kann, weil der Inhaber infolge einer Entscheidung des M. E. A. darin wohnen bleibt. Er steht dann auf der Straße und ist nicht in der Lage, das M. E. A. anzurufen. Dabei ist er gänzlich schuldlos in die Lage gekommen, lediglich weil er selbst und nicht der Vermieter gekündigt hat.

Schließlich wird noch vorgeschlagen, dem M. E. A. die Befugnis zu erteilen, soweit Kündigungen anträgt erlassen werden, die nicht nur für vollstreckbar zu erklären, wodurch das Verfahren beschleunigt würde, und ihm das Recht der Beschlagnahme von einzelnen Räumen in übergroßen Wohnungen zu erteilen, ferner von leerstehenden Läden, Bureau, Werkstätten, Wirtschaftsläden, Lageräumen usw. zwecks Instandsetzung derselben für Wohnungszwecke. Im ersten Falle soll nicht nur auf die unbenutzten oder nur als Lagerräume verwendeten Wohnungen verzogener Kriegsfamilien, sondern auch auf die großen schwachbesetzten Wohnungen zurückgegriffen werden. In jenen Fällen — so wird ausgeführt — wo größere Wohnungen von sieben und mehr Räumen von einem Junggesellen oder kinderlosen Ehepaar oder von einer kleiner Familie nur teilweise ausgenutzt werden, erscheint es erwerbswert, durch Uebermietung einzelner Räume eine gewisse Wohnungsrationierung vorzunehmen. Ratsföhrlich ist dabei zu vermeiden, daß Klagengegenstände geschaffen werden dadurch, daß man belästigte Familien zusammenbringt. Es müßten deshalb die Hauseigentümer oder Vermieter das Recht haben, nach Aufforderung des M. E. A. die abzugebenden Zimmer selbst zu vermieten, an wen es sie beliebt. Erst wenn dies innerhalb eines Vierteljahres nach Aufforderung nicht geschieht, soll das M. E. A. berechtigt sein, die Zimmer selbst zu vermieten, natürlich auch dann noch unter möglicher Berücksichtigung der oben erwähnten Gesichtspunkte.“

In diesem Sinne wird eine Änderung der §§ 1 und 2 der erwähnten Bundesratsverordnung und die Einfügung eines neuen § 4 vorgeschlagen und die Regierung um entsprechende Bemühungen bei der zuständigen Stelle ersucht.

Die Vorschläge sind aus der Praxis des Dortmunder M. E. A. geboren und dürften auf allgemeine Beachtung Anspruch erheben.

Keine Entlassung des Jahrgangs 1870. Amtlich wird gemeldet: „Die Entlassung aus nur eines Teiles des Jahrgangs 1870 wird aus militärischen Gründen in absehbarer Zeit nicht möglich sein. Die immer wiederkehrende Behauptung, daß die Entlassung des Jahrgangs 1870 mit seinen wenigen Monaten „so gut wie gar keine Entlassung gewesen sei“, widerspricht den Tatsachen.“

Berichtung aus der Front Zurückgezogener nach Berlin. (Amtlich.) In letzter Zeit haben sich die Verlegungsgeheue von Frontabteilungen der aus der Front zurückgezogenen Offiziers Landsturmeinheiten nach Berlin und seinen Vororten derart, daß schon jetzt auf die Unmöglichkeit der Berücksichtigung aller hingewiesen werden muß; berechtigten Gesuchen, die einen tatsächlichen Notstand ohne weiteres erkennen lassen oder amtlich beglaubigt nachweisen, wird nach wie vor in weitestgehendem Maße nachgegangen werden.

Keine Rückförderung der in Holland Internierten. (Amtlich.) Die deutschen Tageszeitungen veröffentlichten eine Mitteilung aus dem Haag, wonach Holland wegen der eigenen Ernährungsschwierigkeiten keine weiteren Internierten und Gefangenen aufnehmen will und die zurzeit in Holland untergebrachten englischen und deutschen Gefangenen zurückbefördert werden sollen. Hierzu wird amtlich bemerkt, daß eine Rückförderung der in Holland internierten deutschen Kriegsgefangenen nach England nicht in Frage kommen kann. Die deutsche Regierung hat sich der holländischen gegenüber verpflichtet, für die Ernährung der von England nach Holland überführten und dort untergebrachten deutschen Kriegsgefangenen zu sorgen.

Gewerkschaftsbewegung

Erfassungspflicht für Garderobendiebstahl.

Je höher Kleidung und Schuhwerk im Preise steigen und je schwerer sie zu beschaffen sind, desto häufiger kommen Diebstähle an Kleidern und Schuhen in Fabrikgarderoben vor. Klagen auf Schadenerlag, den beschuldigte Arbeiter von ihren Unternehmern fordern, sind seit Monaten eine vor dem Gewerbegericht oft wiederkehrende Erscheinung. Ob der Unternehmer zum Erlag des Schadens verpflichtet wird, das hängt von den Umständen des betreffenden Falles ab. Nach dem Rechtsstandpunkt, den das Berliner Landgericht I als Berufungsinstanz angenommen hat, ist der Unternehmer für Diebstähle in der Fabrikgarderobe nur dann schadenerlagspflichtig, wenn ihm ein Verschulden nachgewiesen werden kann, das heißt, wenn hinsichtlich der Aufbewahrung der Garderobe nicht die notwendigen Sicherungen gegen Diebstahl getroffen sind. Als solche Sicherungen führt das Landgericht an: Verschiebbare Schränke oder Einrichtungen, wie sie in den Theatergarderoben bestehen.

In der letzten Sitzung der Kammer 5 des Berliner Gewerbegerichts wurden zwei Fälle von Garderobendiebstahl verhandelt. In dem einen Fall wurde der Unternehmer als schadenerlagspflichtig angesehen, in dem andern Fall nicht.

Einer bei der A. E. O. beschäftigten Vorarbeiterin waren ein Mäntel, ein Hut, eine Vase und ein Stuhl gestohlen, wofür sie 380 M. Schadenerlag forderte. Die Sachen waren in einem Schrank aufbewahrt, den die Klägerin mit einem von ihr selbst beschafften Vorlegefach verschlossen hatte. Das Schloß hatte der Dieb erbrochen. Der Raum, der etwa 400 Personen zur Aufbewahrung ihrer Garderobe dient, wird ständig von einer Frau überwacht. — Mit Rücksicht auf diese Sicherungsvorkehrungen hielt das Gericht ein Verschulden der beklagten Firma nicht für vorliegend und deshalb einen Rechtsanspruch auf Schadenerlag nicht für gegeben. Die Klage wurde abgewiesen.

Im zweiten Falle handelte es sich um die Klage einer Arbeiterin gegen die Firma Martin. Die Klägerin forderte 35 M. für einen ihr gestohlenen Schirm. Die Garderobe wurde aufbewahrt in einem Bretterverkleidung, der im Arbeitsraum hergerichtet war. Der Verkleidung hatte zwar eine verschließbare Tür, war aber für jedermann zugänglich, auch nach oben nicht abgeschlossen, so daß man über die Bretterwand langend, Garderobensachen herausziehen konnte. In diesem Falle hielt das Gericht den Beklagten für verpflichtet, Schadenerlag zu leisten, weil die beschriebene Garderobe keine Sicherung gegen Diebstahl bot. Der Beklagte erkannte deshalb seine Zahlungspflicht an, ohne es erst zum Urteil kommen zu lassen.

Der Tapeziererverband im Jahre 1917.

Am Schluß des Jahres 1916 hatte der Verband der Tapezierer und verwandter Berufsgenossen 2074. Ende 1917 dagegen 2370 Mitglieder. Der Zuwachs von 496 Mitgliedern kommt fast ausschließlich auf die weiblichen Mitglieder. Deren Zahl ist im Laufe des Jahres von 235 auf 734 gestiegen. Die Zahl der männlichen Mitglieder vermehrte sich nur um 47. Mit dem Mitgliederbestand Ende 1917 ist die Zahl des Jahreschlusses 1915, die 2593 betrug, nahezu wieder erreicht. Doch das Zahlenverhältnis der männlichen und weiblichen Mitglieder hat sich seitdem wesentlich geändert. Ende 1915 hatte der Verband 2430 männliche und 163 weibliche Mitglieder. Ende 1917 zählte er 1836 männliche und 734 weibliche Mitglieder. Besonders zahlreich sind die Tapezierer in den Flugzeugbetrieben beschäftigt. Hier geht die sonst von Männern ausgeübte Arbeit mehr und mehr auf weibliche Arbeitskräfte über.

Der Bestand der Hauptkasse hat sich gegen das Vorjahr um 8377 M. gehoben, er beträgt am Jahreschluß 182 148 M. Der Bestand der Nebenkassen ist von 108 278 M. auf 97 707 M. gesunken, was auf die hohen Ausgaben für Unterhaltungs Zwecke zurückzuführen ist. Die Nebenkassen gaben für Kostenträgerunterstützung 10 581 M. und für Arbeitslosenunterstützung 248 M. aus. Die Hauptkasse wandte für Kostenträgerunterstützung 20 062 M. und für die übrigen Unterhaltungsgegenstände 8545 M. auf.

Erfolge der Gemeindeforderungen.

In der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung der Filiale Groß-Berlin des Gemeindeforderungsverbandes berichtete der Vorsitzende Rüntner, daß sich die Entwicklung der Organisation im zweiten Vierteljahr in aufsteigender Linie bewegte. Die Mitgliederzahl, die am Ende des vorigen Quartals 6095 betrug, ist auf 6303 gestiegen. Davon sind 4535 männliche, 1753 weibliche und 15 jugendliche Mitglieder. Von der Steigerung der Mitgliederzahl

kommen 57 auf die männlichen und 211 auf die weiblichen Mitglieder. — Nicht nur in der Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl, sondern auch in der Verbesserung der Löhne hat der Verband erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Im Lauf der Kriegsjahre sind in allen städtischen Betrieben Teuerungszulagen durchgesetzt worden. Besonders bemerkenswert ist, daß die in den Revierinspektionen der städtischen Gaswerke Berlin beschäftigten Arbeiter jetzt den Achtstundentag haben. Auf wiederholte Anträge des Verbandes wurde der Achtstundentag am 1. Januar d. J. in fünf Revierinspektionen probeweise eingeführt. Die endgültige Einführung in allen Revierinspektionen ist dann am 1. Juli erfolgt. Auch für die Gaswerke ist die Einführung des Achtstundentages beantragt. Sie stößt hier auf Schwierigkeiten, weil die Arbeitszeiten von verschiedener Länge sind, aber grundsätzliche Einwendungen gegen den Achtstundentag werden auch seitens der Gaswerke nicht mehr gemacht. Die Einführung des Achtstundentages in den Gaswerken ist also nur eine Frage der Zeit.

Der Deutsche Transportarbeiterverband hat im Jahre 1917 für 103 578 Berufskollegen und -Kollaboranten mehr als 46 Millionen Mark an Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen erwirkt. Auf die einzelnen an den Bewegungen beteiligte Verlon entfällt eine durchschnittliche Erhöhung des wöchentlichen Einkommens von 8,10 Mark.

Parteinachrichten.

Reichstagsabgeordneter Erdmann und die Solinger Verfassung.

Abgeordneter Erdmann beanstandet in dem Berichte über die Solinger Scheidemann-Verammlung den Satz: „In der Mitte der Krachmacher sah, kam wie ein Fisch, der geistige Oberleiter des Krachfelds, der Reichstagsabgeordnete Erdmann.“ Er sei von dem Parteivorstand der Unabhängigen nach Solingen gelandt worden, um in der Verammlung Scheidemann entgegenzutreten, habe dort erfahren, daß eine Diskussions nicht zugelassen sei und habe wieder heimkehren wollen. Man habe ihn aber veranlaßt, mit zu der Verammlung zu kommen. Mit dem, was der Verammlung vorangegangen sei, habe er ebenso wenig etwas zu tun wie mit dem, was in ihr vorgegangen sei. Er habe keinen Beruf in sich gefühlt, sich in die „Anseinerderlegung“ zu mischen, er habe in der Verammlung niemand Vordrängen über sein Verhalten machen mögen, „auch dann nicht“, so heißt es in dem Briefe wörtlich, „wenn mir persönlich eine andere Form der Auseinandersetzung mehr zuzugewandt würde.“

In dem letzten Satze rückt Erdmann deutlich von den Solinger Krachmachern ab. Warum hat er oben nichts getan, um den Skandal, durch den sich seine Partei kompromittierte, zu verhindern? Hat er nicht gewußt, daß der ganze Pöbel durch Flugblätter organisiert war — eine Tatsache, die in keinem einzigen unabhängigen Blatt erwähnt ist? Schämt man sich am Ende doch ein bißchen?

Industrie und Handel.

Höhere Kohlen- und Eisenpreise.

Trotz der glänzenden Abschlüsse und Dividendenerklärungen finden die rheinisch-westfälischen Industriellen den Mut, höhere Preise zu verlangen. Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat verlangt für die Tonne Kohle und Koks je 3 Mark mehr. Da die Kohle eines der wichtigsten Produktionsmittel der Stahlindustrie ist, so ergreifen natürlich die Stahlindustriellen die schon längst ersehnte Gelegenheit beim Schopf und verlangen auch für ihre Erzeugnisse Preisrückführungen.

Unter diesen Umständen paßt es sich gut, daß die „Vorgarbeitszeitung“ auseinanderlegt, daß die tatsächlichen Verkaufspreise der Kohle sehr viel schneller gewachsen sind als die Richtpreise. Sie schreibt:

Wenn Kohlenbergleute um Lohnerhöhungen einkommen, dann wird ihnen entgegen: „Zuerst müssen die Kohlenpreise erhöht werden.“ Hierzu werden die von den Pechenkarriellen vorgenommenen Erhöhungen der „Richtpreise“ angeführt, um damit zu beweisen, daß die Preissteigerungen mögliche sind, keine „eigentlichen Kriegsgewinne“ ergeben und „keine weiteren Lohnzulagen“ zulassen.

Nun sind die Richtpreise nicht beweiskräftig, weil sie die wirklichen Verkaufspreise sind. Galt nichts. Selbst bergbehördliche Anstagen berieten sich gegenüber den Lohnforderungen immer wieder auf die Richtpreise, als ob diese ein sicheres Bild von den

Einnahmen der Pechenbesitzer darstellten. Und nun behauptet die Regierungsdienstleistung über die Kohlenindustrie weit mehr als das, was wir über den wahren Charakter der Richtpreise ausgeführt haben.

Die Kohlenwerksbesitzer haben nämlich zur Begründung ihrer neuen Preisforderung (die den Reichstag kürzlich beschäftigte) ein umfangreiches Material über die Erhöhung der Selbstkosten beibringt.

In welchem Ausmaße die Kohlenpreise in die Höhe gingen, mögen folgende Ziffern illustrieren. Vorerst sei festgesetzt, daß die „Richtpreise“ des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats pro Tonne seit Kriegsbeginn um 9 M. für Koks, 13,50 M. für Koks, 13,25 M. für Bricketts erhöht wurden. Angeföhrt in derselben Weise, teils mehr, teils weniger, sind auch die „Richtpreise“ der Pechenkarriellen in Oberschlesien, Niederschlesien, Sachsen, Mitteldeutschland und im Rheinland (Köln) heraufgehoben worden. Wie es aber mit den Verkaufspreisen aussieht, das sei nun nach der Regierungsdienstleistung mitgeteilt.

Das Kalinwerk A (die Namen werden nicht genannt) hatte pro 10 Tonnen ab Grube zu zahlen für

	1. Halbjahr 1914	2. Halbjahr 1917
Steinkohle (westfälische)	95,50 M.	287,00 M.
Braunkohle	56,00 M.	201,60 M.

Von dem Werk C wird berichtet, es habe 1914 für einen Heftmeter Helmstedter Braunkohle ab Grube 28 Pf. gezahlt, vom 1. Februar 1918 an müßten laut Schreiben des Magdeburger Braunkohlenyndikats 51—51 Pf. gezahlt werden (ohne Kohlensteuer). Das Werk D hatte zu zahlen für eine Tonne Braunkohle ab

	Juni 1914	März 1918	Steigerung
Grube H	2,50 M.	6,96 M.	178 Prozent
Grube R	2,50 M.	8,28 M.	278

Die Fabrik B mußte zahlen für 10 Tonnen

	1914	1917	1918 (Februar)
Braunkohlen	45,25 M.	58—90 M.	100 M.
Bricketts	91,50 M.	117—260 M.	260 M.

Diese Fabrik konstatiert seit 1913/14 eine Zunahme der Kohlenkosten von 74 Proz., der Koksverlusten von 332 Proz.!

Die Wichtigkeit dieser Angaben ist amtlich bestätigt. Sie ergeben eine Erhöhung der Steinkohlen-, Braunkohlen- und Brickettspreise bis weit über 300 Prozent!

Seien wir das Kalinwerk A heraus: Es mußte im zweiten Halbjahr 1917 pro 10 Tonnen westfälischer Steinkohle ab Grube 287 M., das sind 171,50 M. mehr wie 1914, zahlen. Würde nur die Erhöhung der „Richtpreise“ (90 M. pro 10 Tonnen) und dazu die Kohlensteuer (20 Proz. des Preises ab Werk) aufgeschlagen sein, dann hätte sich der Verkaufspreis ab Werk auf ungefähr 223 M. Der Verbraucher mußte aber tatsächlich 64 M. mehr zahlen, als die bekannte Richtpreiserhöhung und die Kohlensteuer ausmachten. Dieser Kohlenverkaufserlös direkt durch das Syndikat; verteilende Zwischenhandlungsgewinne kommen nicht in Betracht.

Der Braunkohlenpreis erhöhte sich für das Werk E von 64 auf 230 M. pro 10 Tonnen. Das sind 16,50 M. pro Tonne Preissteigerung, gleich reichlich 333 Prozent! Bringt man davon die 20 Proz. Kohlensteuer in Abzug, so bleiben immer noch 335 Proz. Preissteigerung! Auch hier handelt es sich um Syndikatspreise.

Das ist doch ungeheuerlich! Und die Preisverwaltungen erklären dennoch, die Preise müßten weiter hinaufgesetzt werden, wenn die Arbeiterlöhne aufgebessert werden sollten.

Die „entsprechenden“ Lohnerhöhungen kann aber die ungeheuerliche Kohlenpreissteigerung nicht gerechtfertigt werden. Hat doch seit Kriegsbeginn bis einschließlich erstes Viertel 1918 nur betragen die Lohnerhöhung im preussischen Vergleich für

eigenliche Vergarbeiter	60,4—99,4 Prozent
übrige Untertagsarbeiter	67,1—76,6
erwachsene Obertagsarbeiter	74,4—99,3

Wenn auch die Förderung pro Kopf infolge sachlicher Schwierigkeiten durchschnittlich nicht mehr so hoch ist, wie in Friedenszeiten, die Preissteigerung von bis mehr als 300 Proz. begründet auch das nicht.

Liquidierung deutscher Banken in Brasilien.

Die Agencia Americana berichtet aus Rio de Janeiro, daß der Finanzminister auf Beschluß der Regierung mit der Liquidierung sämtlicher deutscher Banken in ganz Brasilien begonnen habe.

Verantwortl. i. V. Dr. Franz Dieckhoff, Berlin-Neubau; für d. Abdruck Teil des Wortes: Alfred Scholz, Neuborn; für Anzeigen: Theodor Glaser, Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3, Stern 1 Verlag und Unterhaltungsblatt.

Deutsches Theater.
Sonnab., Sonntag, Montag, 8 Uhr
letzte drei Aufführungen
Familie Schmek
mit Max Pallenberg.
Dienstag, zum 1. Male
Der fische Rudl
mit Max Pallenberg.
Kammerspiele.
Allabendlich 7½ Uhr:
Inkognito. (Operette).
Volksbühne, Th. a. Blüowpl.
Allabendlich 7½ Uhr:
Ein Sommernachtsstraum.

Theater des Westens
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Tänzerin.

Theater J. Königgrätzerstr.
8 Uhr: **Die Schwestern und der Fremde.**

Komödienhaus
8 Uhr: **Die Zarin.**

Berliner Theater
7½ Uhr: **Blitzblaues Blut.**

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Linienstr.
7½, Norden 8650, 7½,
Zum 1. Male:
Der goldene Spiegel

National-Theater
7,8 Cöpenicker Str. 88 7,8
Größter Lacherfolg!
Mäusehen.

Rose-Theater.
7½ Uhr: **Die Prinzessin vom Nil.**
Gartenb.: Bitte recht freundlich

Theater für Sonnabend, 27. Juli.

Central-Theater
7½ Uhr: **Die Csardasfürstin.**

Deutsches Opernhaus
7½ Uhr: **Die schöne Helena.**

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Komische Oper
7½ Uhr: **Schwarzwalddüchel.**
Sonnab. 7½ Uhr: Die Kinokönigin.

Kleines Theater
8 Uhr: **Arletid und seine Fehler**
mit Bassermann.

Metropol-Theater
7½ Uhr: **Die Rose von Stambul.**

Soekbrauerei (jetzt Patzenhofer), Chausseestraße 64.
Täglich **Großes** Täglich
I. T. O. Konzert
Sonntag, den 28. Juli 1918, von 4—11 Uhr
Großes Doppelkonzert
unter Mitwirkung der gesamten
akt. Kapelle d. Garde-Füsiliere (Maikäfer)
unter persönl. Leitung des Hrn. Musikdir. Dippel.
Dir. Tonkünstlerheim, Augsburgstr. 74.

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant
Sajdah, Deutsche Tänze
Kühler Aufenthalt.
7½ Uhr, 2, 3, 4, 5, 6 M.

Berliner Prater-Theater
Stettiner Allee 7—9
Täglich 5 Uhr in vollständig
neuer Bearbeitung:
Im Wolkenlarameter.
Große Vollen-Revue in 5 Bildern
Dazu die großart. Spezialitäten

Reichshallen-Theater.
Gastspiel der
Leipziger Seidel-Sänger.
Anfang 7½
Ab 1. Aug. Stettiner Sänger
Reichshallen-Saal u. Garten
Blüthen-Konzert.

Trianon-Theater
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391
8 U. Zum 30. Male: **Der Lebensschüler.**
Kaiser-Tilt, Bildl, Fink
Sonnab. nachm. 7½ U. kl. Pr.:
Schneewittchen.
Sonntag 4 Uhr: Johannistag.

Lustspielhaus 7½ Uhr:
Die spanische Fliege

Neues Operettenhaus
7½ Uhr: **Der Soldat der Marie.**

Residenz-Theater
7½ Uhr: **Flimmer-Klärchen.**

Schiller-Th. Charl.
7½ Uhr: **Alt-Heidelberg.**

Thalia-Theater
7½ Uhr: **Unter der blühenden Linde**

Theater am Nollendorfsplatz
7½ Uhr:
Der alte Hühnerhahn

Kabarett Tivoli
Bunte Vorträge
Spielfolge vom 16.—31. Juli:
Duett Fäßbender × Alois Krämer
Marzella Velly × Hansi Sacher × Otto Jälich
Krämer-Woll × Runkel-Rappo's.
Täglich zwei Kapellen.
Anfang wochent. 7, Sonntag nachm. 4 Uhr.
Fernspr.: Moritzpl. 14553
Kottbuser Damm 95

Palast
mit dem Schwank
Tägl. 7½, Sonntag 3½ u. 7½.
Großer Lacherfolg!
Gesamt-Gastspiel
des
Herrnfeld-Theaters
Die Kriegsgewinnler.
Hauptroll: Dir. A. Herrnfeld, Ferd. Grünecker.

SARRASANI
Zirkus-Busch-Gebäude.
Heute
Sonnabend, 27. Juli:
2 große
Aufführungen 2
nachm. 3 U., abds. 7½ Uhr.
„Torpedo — los!“
Das gewaltige
Manegeschaustück.
Wochent.-Nachm. zahl. Erw.
wachsene und Kinder
halbe Eintrittspreise.

Nur 2 Tage in Berlin
zahle ich besonders hohe Preise für alte ausgebrauchte
Gebisse pro Zahn bis M. 4.00
auch für den gewöhnl. Platin-Zahn M. 0.50 und 0.60.
Platin-Stift-Zahn 1.60 M., Platin-Platten-Zahn (alters
Kautschuk-Gebisse) M. 4.00. Metall-Gebisse bis M. 1.50.
Rein Platin Gr. M. 7.80. nur Montag, den 28., und
Dienstag, den 30. Juli, 10—6 Uhr im Hotel „Nordischer
Hof“, Invalidenstr. 129, 1. Stock
(a. Stettiner Bahnhof).
Frau C. Willig, Hamburg.

H. & P. Uder, Engelufur 5.
Berlin SO. 16
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten
Bis auf weiteres:
Geschäftszeit 8—11 und 3—6 Uhr.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3014.

DER „HIAS“
Theat. 7½ Uhr abends
Riesen-Erfolg.
Morg. Sonntag 2 Aufführ.
3½, und 7½ Uhr.
Walhalla-
Theater, Weinbergsweg

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen
Gelegenheltekäufe
Blend. Flanzer, Alt-Moab. 110.3
Spandau
Paul Gaege Mehl und Kolonialw.
Bretelstr. 57, Schönwälder-
str. 1214, Fiedlerdörfelstr. 12.
Hans- und Köchingerke
Hermann Finck
Eisenwar., Schönwälderstr. 57.
A. Markgraf, Brüderstr. 11 Eck.
J. Geyer, Lamp. Gln., Fenzl, Stielig.
Ad. Torbow Markt 10, geg. 1859.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden
Fleisch- u. Wurstw.
Paul Müller, Priesenstr. 22.
Mehltdig., Kolonialw.
Job. Pietsch, Gneisenaustr. 97.
Uhren, Goldwaren
S. Fenske, Kottbus, Damm 96
Stroing real., ankaufst. bild.
Neukölln
C. Dittmann
Berlinerstr. 49
Wild — Geflügel — Fische.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden

Drogen, Farben
Bendckendorf
Stern 10, Köpenickerstr. 39
Fleisch- u. Wurstw.
Gutschmanns Centr. Wicker-
str. 154.
Kolonialwaren
M. Saagebarth Strelitzer-
str. 67.
Möbelmagazin
Reichenhagenstr. 97
Wiese & Co. Tischlermeister

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten

Butter, Eier, Käse
P. H. Ackermann, 8 Filialen
Mehlhandlung
Job. Pietsch Königsberger
Straße 25 7
Photograph. Ateliers
Joh. G. Zwick, Andreas-
str. 28 u. Andreasplatz
Warenhäuser
Samborger Warenhaus Max Fleimling
Alt-Stralau 11, York-Loe. str. 5.

Spezialarzt

Dr. med. Laubs
beb. Intern., gerichtl., mögl.
schmerzlos u. ohne Verschönd.
Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Horn-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobte Methoden
Harn- und Blutuntersuchung.
Königstr. 94/96, Alexanderpl.
Str. 10—11, 5—8, Sonntag 10—1

Spezialarzt

Dr. med. Hasché
Friedrichstr. 90 direkt am
Stadthaus.
Behandl. von Syphilis, Dent-
Gorn-, Frauenleiden, bez.
von Häm. Schmerzlöser, frühest.
Behandl. ohne Verschöndung,
Blutuntersuchung, Röh. Preise
Teilzahlung, Sprechstunden 11
bis 1 und 5—8, Sonntag 11—1.

Groß-Berlin

Volkstimmung auf der Straßenbahn.

Die Einführung der Straßmandate für Fahrpreishinterziehung bei der Großen Berliner hat die fast ungeleitete Verteilung der Berliner Presse gefunden. Es läßt sich also erklären, daß die Gesellschaft an die Zeitungen eine Einladung ergeben ließ, um „aufklärend“ und „beruhigend“ zu wirken.

Die Vespredung wurde vom Regierungsrat Mücke von der Großen Berliner geleitet. Er wies darauf hin, daß nach einer für uns selbstverständlich unkontrollierbaren und der Sachlage nach höchst anfechtbaren — Statistik die Straßenbahn täglich um mindestens 10 000 M. geschädigt werde. Nach seiner subjektiven persönlichen Erfahrung, so erklärte der Vorsitzende, weniger durch Arbeiter und Angestellte, als vielmehr durch das bessere Publikum, vor allem durch Damen, die sich einen besonderen Sport daraus machen, das Fahrgeld zu „sparen“. Es komme der Gesellschaft nicht darauf an, sich durch die Strafgehalte einen Gewinn zu verschaffen — was wir ihr nach den Jahrzehntelangen Erfahrungen mit ihr ohne weiteres glauben — nach den Ergebnissen in anderen Städten mache das eine so geringe Summe aus, daß ihr daran nichts liegen könne. Sie müsse nur Wert darauf legen, das Publikum zur Einhaltung seiner Zahlungspflicht mit Nachdruck zu erziehen. Die Kontrolleure würden angewiesen, dabei mit größter Loyalität zu verfahren. Vor allem wird auf die Schwierigkeiten des Publikums bei der Fahrpreibeschaffung Rücksicht genommen werden; so soll sich der Kontrolleur nicht nur auf die Ausfagen der Schaffnerin stützen, sondern auch auf die Bestätigung der nächststehenden Fahrgäste. Also Volkstimmung auf der Straßenbahn! Schade, daß für uns der Wert derartiger Abstimmungen in diesem Fall ein recht zweifelhafter ist. . . .

Wir haben keine Ursache, von unserem ablehnenden Standpunkte abzugeben. Wir sind der festen Meinung, daß der „Anreiz“ der Großen Berliner in die Lage versetzen würde, über genügend Personal zur Ausübung von einwandfreien Kontrollmaßnahmen, als die geplante ist, zu verfügen. Im übrigen wird es sich empfehlen, der „Loyalität“ der Berliner ein gehäuftes Maß abwartenden Mißtrauens entgegenzubringen.

Die „Obstschätze“ Berlins.

Der Magistrat Berlin bittet um Ausnahme folgender Zuladung:

Gegenüber den Angriffen, welche ein amtlicher Angestellter der Reichsstelle für Gemüse und Obst gegen die Gemeinden Groß-Berlins in der Öffentlichkeit zu richten sich veranlaßt fühlte, sei auf folgende Zahlen hingewiesen:

Es sind in den Wochen vom 3. Juni bis 26. Juli 1918 nach Groß-Berlin eingeführt worden: An Westfälischem Obst 72 635 Zentner, durch waggonweise Zufuhren an die Gemeinden Groß-Berlins 20 000 Zentner. Es haben also pro Tag für eine Bevölkerung von mehr als 3 1/2 Millionen rund 1850 Zentner zur Verfügung gestanden; d. h. pro Kopf der Bevölkerung der zwanzigste Teil eines Pfundes. Das sind die in der genannten Veröffentlichung für die Berliner Bevölkerung angeblich vorhanden getretenen Obstschätze.

Bemerkenswert ist, daß die Gemeinden Groß-Berlins bisher nur das aus bewirtschafteten Gebieten ihnen zugewiesene oder von ihnen eingekaufte Obst zur Verteilung bringen konnten. Wenn von der Verteilung mit Rücksicht auf nicht bewirtschafteten Obstgebieten, insbesondere von Schlesien gesprochen wird, so ist eine solche Angabe geeignet, auf denjenigen, der die Verhältnisse nicht kennt, verwirrend zu wirken. Denn bis vor ganz kurzer Zeit waren den Kommunen Groß-Berlins, trotzdem sie schon im vorigen Jahre bei den maßgeblichen Behörden dahin vorstellig geworden waren, nicht möglich, diese freien Eingänge, welche durch Großhändler nach Berlin hereingebracht werden, überhaupt zahlenmäßig zu kontrollieren, geschweige denn zu beschlagnahmen.

Sachlich unzutreffend ist die Behauptung, daß die Ueberwagung des Obstverbrauchs vom Eintreffen der Ware in Berlin auf seinem Wege bis zum Kleinhändler und einer sorgfältigen Kontrolle des Kleinhandels seither geschieht hat, oder daß diese Kontrolle nicht scharf genug sei. Es werden nicht 5000 Kleinhandelsgeschäfte, sondern von diesen täglich nur höchstens 300 Kleinhandelsgeschäfte der Stadt Berlin beliefert, die in Berlin der ständigen Kontrolle einer großen Anzahl von städtischen Inspektoren im Verein mit Hausfrauen vom Eingange bis zum Verkauf der Ware unterliegen. Bisher sind an Kleinhandelsgeschäften etwa 62 von der Verteilung ausgeschlossen, 75 vermannt.

Daß eine so geringe Menge Obst, wie die oben ziffernmäßig angegebene, bei einer derart gewaltigen Bevölkerungsmasse wie Groß-Berlin für den größten Teil der einzelnen Verbraucher beim Kleinverkauf nicht in Erscheinung tritt, sondern zu verschwinden scheint, kann nicht verwunderlich sein.

Die Kessel kommt wieder zu Ehren.

Unter den vielen im Laufe des Krieges entstandenen Unternehmungen zur Gewinnung von „Erlag“ gehört zu denjenigen, die trüster zu nehmen sind, der Anbau von Kesseln. Kesselstoff statt Baumwoolstoff ist, wie jede Hausfrau weiß, kein „Erlag“ in dem üblichen Sinn dieses Wortes, den wir in der Kriegszeit hinreichend kennen gelernt haben. Gelingt es, durch Kesselanbau großen Wohlstandes die Gewinnung und Verwertung der Kesselfaser bedeutend zu steigern und Baumwolle großenteils durch Kessel zu verdrängen, so wäre das nur eine Wiedereingetung in frühere Rechte. Erst der Krieg, der die Zufuhren sperrte und uns die Baumwolle entzog, hat uns genötigt, wieder mehr an die altbewährte Kessel zu denken. Die erste Maßregel war die über ganz Deutschland sich erstreckende Einschränkung wild wachsender Brennnesseln, die zweite ist der planvolle Anbau von Brennnesseln auf dazu geeigneten und oft anders kaum auszunutzenden Ländern, wozu es im Deutschen Reich nicht fehlt. Im vorigen Jahr wurde die Kessel-Anbau-Gesellschaft in Anbau gegründet, die für die Dauer des Krieges nur gemeinnützige Zwecke verfolgt und nach dem Kriege als Erwerbsgesellschaft weiterbestehen soll. Sie ist ein Gemeindefabrikunternehmen der deutschen Textilindustrie; die Gesellschafter sind etwa zur Hälfte Industrielle, zur Hälfte das Reich und Bundesstaaten. Die Kesselanbau-Gesellschaft hat bereits Flächen von zusammen 15 000 Hektar in Anbau, darunter viele Niederungsmoore und Erlenbrüche, deren forstwirtschaftliche Ausnutzung nur geringen Ertrag brächte. Ein bei Teltow liegendes Gelände von 8 Hektar, das wir, einer Einladung der Direktion folgend, besichtigten, gibt Einblick in den Anbaubetrieb. Neben üppigen Kesselanbauwäldern haben wir große Bestände selbstmäßigen Kesselanbaus, dessen Erfolge die Annahme widerlegen, daß die Brennnessel nur in der Nähe schattenspendender Bäume gedeihen könne. Die Trockenheit des Frühommers hat nicht gehindert, daß auf diesen Kesselfeldern die Stengel, aus denen die wertvolle Spinnfasern gewonnen wird, eine durchschnittliche Höhe von 1 Meter erreichten. Feldmäßiger Anbau macht es bequem, bei der Ernte die Schneidemaschine zu benutzen,

mit der im Erlenbruch nichts auszurichten ist. Das einfache Verfahren, daß unsere Schulkinder bei der Einsammlung wildwachsender Kesseln anwenden, paßt natürlich ganz und gar nicht zu dem Betrieb weit ausgedehnter Kesselpflanzungen. Große Hoffnungen werden auf die nach dem Kriege zu erwartende Ausgestaltung des Anbaubetriebes gesetzt. Die Vermählungen, auch die Fasererzeugung zu verbessern, haben bereits Erfolg gehabt. Die Förderung des Kesselanbaus und der Kesselverwertung ist nicht eine nur auf die Dauer des Krieges berechnete Maßregel, sondern soll und kann ihre volle Bedeutung erst nach ihm erlangen. Sie wird gegenüber etwaigen Verjüngen, auch nach dem Kriege die Einfuhr ausländischer Spinnfasern nach Deutschland zu erschweren, als Abwehr wirken.

Der Regierungsrat Koska.

Wie wir mitteilen, hat der für die Zeitung einer demnächst zu gründenden „Gemeinnützigen Aktiengesellschaft der Angestellten-Heimstätten“ in Aussicht genommene ehemalige Regierungsrat Koska die Rietter des Hauses Steglitz, Ahornstraße 19, angemietet, um Raum für die Geschäftsstelle der Aktiengesellschaft zu gewinnen.

Dazu wird uns von der „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ geschrieben: Wir legen Wert darauf, festzustellen, daß der von den Angestelltenverbänden zur Vorbereitung der Gründung eingeleitete, auch von uns beschickte Arbeitsausschuß von dem Vorgehen des Regierungsrats Koska bis zur Veröffentlichung der Presseanzeigen keinerlei Kenntnis hatte. Da wir es selbstverständlich mit dem Zweck einer gemeinnützigen Heimstätten-Gesellschaft für unvereinbar halten, daß sie ihre Tätigkeit mit der Verdrängung von Inassen bereits bestehender Wohnungen beginnt, zumal (auch außerhalb des von Herrn Koska verwalteten Wohnhauses Steglitz, Ahornstr. 19) in Groß-Berlin genügend leere Wohnräume zur Verfügung stehen, haben wir den uns angeschlossenen Verbänden empfohlen, ihre Beteiligung an der Gründung der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft davon abhängig zu machen, daß 1. die Schädigung der Angemieteten durch Rücknahme der Kündigung wieder gut gemacht wird; 2. die Räume Steglitz, Ahornstr. 19, von der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft unter keinen Umständen gemietet werden. Am übrigen ist von uns bei dem Vorsitzenden des Arbeitsausschusses der Antrag auf sofortige Einberufung einer Plenarsitzung aller beteiligten Verbände vor der Mitte August geplanten Gründungsverammlung gestellt worden, um über die Persönlichkeiten des zukünftigen Leiters der Gesellschaft zu beraten.

Inzwischen trifft die Nachricht von zwei weiteren Ausmietungen ein, die ebenfalls durch Kriegsgesellschaften vorgenommen werden sollen. Die Reichsbekleidungsstelle, die ihre Geschäftsräume am Nürnberger Platz und in der Prager und Spichernstraße hat, will sich abetmals erweitern und hat beschlossen, das Haus Prager Straße 6 mit Beschlag zu belegen und die Bewohner ausmieten. Es handelt sich dabei um 18 Wilmersdorfer Mietparteien, die durch die Wohnnahme der Reichsbekleidungsstelle obdachlos werden. Eine andere Kriegsgesellschaft beanbrucht ein Mietshaus in der Augustastr. in Wilmersdorf für sich, wodurch ebenfalls zahlreiche Mieter in absehbarer Zeit gezwungen werden sollen, sich nach einem anderen Obdach umzusehen.

Am gestrigen Tage war gerade ein Jahr vergangen, seit die „Bundesratsverordnung zum Schutze der Mieter“ in Kraft trat, die den Mietern die Befugnis verlieh, über die Wirksamkeit von Kündigungen unanfechtbar zu entscheiden. Man darf gespannt darauf sein, wie das zuständige Mieterngungamt in diesen beiden Fällen „unanfechtbar“ entscheiden wird.

Die Hauswirte als Lebensmittelartenverteiler.

Manche Berliner Hausbesitzer fühlen sich dadurch bedrückt, daß sie durch eine Verordnung des Magistrats verpflichtet sind, die ihnen zur Verteilung an die Hausbewohner übergebenen Lebensmittelarten ihren Mietern in die Wohnung zu liefern. Die „Wirtschaftliche Vereinigung des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine“ hat jetzt den Versuch gemacht, ihre Schlichtung von dieser Sorge zu befreien, indem sie das Problem dem Schöffengericht Berlin-Mitte, Abteilung 136, zur Entscheidung vorlegte. Der Versuch ist gescheit, das Schöffengericht stellte sich auf den Standpunkt, den der Syndikus der Grundbesitzervereine vertrat. Danach sagt der betreffende Paragraph der Magistratsverordnung nur, daß die Brotarten des Hausverwaltungsverbandes innerhalb des Hauses zu übergeben seien, was keineswegs bedeutet, daß die Karten den Mietern zugetragen werden müßten. Außerdem soll der Magistrat durch seine Verfügung die Bekanntmachung des Bundesrats vom 29. Juni 16, §§ 47-49 überschreiten haben, da diese Bundesratsverordnung nur bestimmt, die Magistrate hätten: durch Abgabe von Prospektarten eine Verbrauchsregelung einzuführen, die den Verbrauch des einzelnen wirksam erfährt. Diese Verfügung gebe den Gemeinden keineswegs das Recht, die persönlichen und bezahlten Dienstleistungen der Hausbesitzer heranzuziehen. Vor allen Dingen sei aber zu beanstanden, daß die Karten nicht nur vom Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter zu verteilen, sondern sogar den Mietern ins Haus zu bringen seien.

Also sprach das Schöffengericht Berlin-Mitte, Abteilung 136, dessen juristische Weisheit wir ebenfalls angezweifeln dürfen, wie die Tatsache, daß es noch einige höhere Instanzen gibt, die in der Angelegenheit doch vielleicht ein anderes Urteil fällen werden.

Die Erholung suchenden Berliner und der Zweckverband.

Zu unserem Artikel in Nr. 200: „Wenn man seine Sonntagserholung sucht“, erhalten wir folgende Zuschrift: Nicht nur der Berliner Magistrat sucht auf seinem Grund und Boden der Erholung suchenden Bevölkerung in jeder Weise den Aufenthalt zu erleichtern, sondern auch der Zweckverband Groß-Berlin geht mit aller Schärfe gegen die an den Wasserläufen seiner Wäldungen Erholung suchenden Ruderer und Sportleute vor. Mitbestimmend bei der Gründung des Zweckverbandes war doch, daß die in der Umgebung Berlins liegenden Wälder erhalten bleiben sollten, um der großstädtischen Bevölkerung Erholungsmöglichkeiten zu schaffen.

Lange vor Gründung des Zweckverbandes walfahrte in den Sommermonaten schon des Sonnabends die naturliebende Bevölkerung teils in ihren Ruderbooten, teils vor Bahn hinaus in die Wäldungen der Mark, um hier an den Wasserläufen in ihren kleinen Lagerzügen Ruhe und Erholung zu finden. Man konnte gegen eine Gebühr von einer Mark bei fast allen Oberförstereien, und in den letzten Jahren sogar bei der Kasse des Zweckverbandes, einen Vereinstagungschein zum Aufsteigen eines Zeltes erwerben. — Aus dieser Bewegung, welche unübertroffenen Gewinn für die Volksgesundheit gebracht hat, entstand dann das sogenannte Freibadwesen. Letzteres ist seit mehreren Jahren seitens der Behörde anerkannt worden. — Als Schreiber dieses im Frühjahr seinen Zeltzweigen beim Zweckverband erneuern wollte, wurde der Weisheit, daß der bisherige Direktor Dr. Steiner es abgelehnt habe, neue Erlaubnisheine zu erteilen. Als dann der Berliner Stadtrat Dr. Fischbeck Verbandsdirektor wurde, erhielt ich den schriftlichen Befehl, daß auch der neue Herr die Ausgabe von Zeltzweigen abgelehnt habe.

Warum in aller Welt soll jetzt, nachdem man bald fünfzehn Jahre in dieser Hinsicht entgegenkommend gewesen ist, eine solche Bewe-

gung unterdrückt werden? Braucht nicht gerade jetzt die verdächtige Bevölkerung am allerbedürftigsten die wenigen Stunden im Freien zur Erholung! Das Zeltleben waren die Ferienorte der minderbemittelten Bevölkerung. Daß mit diesem Verbot auch dem Andersport der Berliner ein schwerer Schlag versetzt wird, braucht nicht mehr besonders hervorgehoben zu werden. Fest steht, daß gerade die Ruderer und sonstigen Freunde des Zeltlebens für größtmögliche Ordnung und Sauberkeit der Lagerplätze gesorgt haben; man erinnere sich nur der Verschmutzung der besuchtesten Ausflugsorte und der wilden Freibäder im Anfang, ebenso können die jetzigen Verbote nicht mit den bewährlichen Waldbränden in Verbindung gebracht werden.

Es ist an der Zeit, daß gegen diese Schikanierung der Ruhe und Erholung suchenden Volkstriebe energisch protestiert wird!

Stadtbibliothek. Die Bücherausgabe und der Lesesaal sind wegen außerordentlicher Reinigungsarbeiten vom 29. Juli bis einschließlich 3. August geschlossen.

Neußlitz. Lebensmittel. 1/2 Pfund Kunsthonig gelangt in nächster Woche auf Abschnitt 54 der allgemeinen Lebensmittelkarte zur Verteilung. Der Verkauf von 200 Gramm Marmelade auf Abschnitt 53 wird fortgesetzt. Ebenso der Verkauf von Milchdauernwaren in den städtischen Verkaufsstellen auf Abschnitt 120 J und E der Warenbezugskarte. Auf die Abschnitte 31 der Kartoffelkarte soll in nächster Woche wieder die volle Menge von 7 Pfund Kartoffeln zur Verteilung gelangen. Fortünftig dürfen jedoch nur 4 Pfund abgegeben werden. Ueber die Ausgabe der restlichen 3 Pfund ergeht noch eine besondere Bekanntmachung. Der Verkauf von 200 Gramm Nahrungsmitteln auf die Abschnitte 30f und g wird bis einschließl. Mittwoch fortgesetzt. Auf Abschnitt 51 der Eierkarte wird vom 1. bis 11. August 1 Ein abgegeben. Die Abschnitte 114 (Kirsch) und 115 (Näherwaren) verlieren am 31. Juli ihre Gültigkeit. Vom 1. August ab findet der Verkauf auf neue Kartenabschnitte statt, deren Nummern noch bekanntgegeben werden. Freihändig gelangen in den städtischen Fischbänken Marinaden zum Verkauf. Süßholz wird vom 1. August ab auf den Abschnitt G der Haushaltungskarte abgegeben. Am Laufe der nächsten Woche werden auf einen Abschnitt der Warenvorgabekarte je 2 Schachteln Rindbutter und auf einen Abschnitt der Haushaltungskarte je 1 Kette in den städtischen Verkaufsstellen abgegeben. Die Nummern der Abschnitte werden noch bekanntgemacht.

Pankow. Lebensmittel. Vom 26. ab gelangen in den bekannten Geschäften gegen Abtrennung des Bezugs- und Quittungsabschnittes 46 von der gemeinsamen Lebensmittelkarte Leinwand (Ausgangsware) zum Verkauf. Auf den Bezugs- und Quittungsabschnitt 46 der gemeinsamen Lebensmittelkarte entfallen 100 Gramm. Die Militärurlauber erhalten die Ware nur gegen Vorlegung des Urlaubspasses und gegen Abtrennung des Bezugsabschnittes 3 von der Lebensmittelkarte für Militärurlauber der 30. Woche. Der Preis beträgt für 100 Gramm 0,18 M., für 200 Gramm 0,35 M., für 300 Gramm 0,52 M., für 400 Gramm 0,69 M., für 500 Gramm 0,86 M., usw. Bei Mengen von mehr als 500 Gramm ist der hierfür festgesetzte Höchstpreis maßgebend. — Vom 26. ab gelangen in den bekannten Geschäften als Erlaß für fehlende Kartoffeln Süßenerbsen zum Verkauf. Es entfallen auf die 4 Abschnitte 117f und g der Kartoffelkarte der Gemeinde Berlin-Pankow je 50 Gramm Süßenerbsen, also zusammen 200 Gramm. Der Preis beträgt für 500 Gramm gekochte Süßenerbsen 0,80 M., für 500 Gramm ungekochte Süßenerbsen 0,75 M. — Der Verkauf des Fruchtobsts durch die bekanntgegebenen Kleinhandelsbetriebe wird bis einschließlich dem 3. August verlängert.

Friedrichshagen. Lebensmittel. Nächsten Montag gelangen auf Abschnitt 3 der Eierkarte je ein Ei zum Preise von 38 Pf., und auf Abschnitt 116 der blauen Lebensmittelkarte je zwei Suppenwürfel zum Preise von 20 Pf. zur Ausgabe.

Gerichtszeitung.

Wie man sich billig gewerbliche Arbeitskräfte beschafft. Auf ein eigenartiges Mittel, sich billiges Personal für den Gewerbebetrieb zu beschaffen, verließ die Buchfederfabrik von Joel u. Meyer, wie sich aus der Verhandlung vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts ergab. Die Firma meldete beim Kaufmännischen Verband für weibliche Angestellte an, daß bei ihr eine Stelle in der Expedition offen sei. Der Verband mußte natürlich annehmen, daß es sich um einen kaufmännischen Posten handelte und sandte eine junge Handlungshelferin Frieda S. hin, die eine ordnungsgemäße Lehre durchgemacht hatte. Das junge Mädchen wurde auch angenommen und mit 88 M. Monatsgehalt eingestellt. Bald nach Eintritt mußte die Schlichtin sehen, daß sie, statt mit kaufmännischen, mit gewerblichen Arbeiten beschäftigt wurde, was sie freilich sehr erregte. Sie zog sich ein Herzleid zu und wurde von der Landesversicherungsanstalt in eine Heilstätte versetzt. Die Firma lehnte daraufhin jede weitere Zahlung ab und weigerte sich auch, den Mädchen ein kaufmännisches Dienstzeugnis auszustellen. Auf den Vorhalt des Richters, daß die Firma doch eine kaufmännische Kraft gesucht habe, gab das der Vertreter der Beklagten zu; er stützte sich aber darauf, daß die Angestellte doch in der Tat nur gewerblich beschäftigt worden sei. Das Gericht hielt diesen Standpunkt der Firma für unhaltbar. Auf bringendes Anraten des genannten Gerichtshofes stellte die Firma vor Urteilsfällung dem jungen Mädchen ein kaufmännisches Dienstzeugnis aus.

Aus aller Welt.

Zum Planener Brandunglück.

Planen, 25. Juli. Ueber das Unglück selbst und die Möglichkeit seiner Entstehung gehen die Berichte der Augenzeugen auseinander. Darin stimmen alle überein, daß der Brand mit unheimlicher Schnelligkeit um sich gegriffen haben muß. In der Zeit von wenigen Minuten, ja vielleicht sogar nur Sekunden war das Unglück geschehen. In der 4. Stunde des Nachmittags sahen Anwohner vom Juppelplatz in dem am äußersten Westend freigelegenen, von Wiese und Feld umgebenen großen dreistöckigen Gebäude der ehemaligen Glühlampenfabrik plötzlich eine mächtige Flamme entporlodern, der ein dumpfes Geräusch, kein Knall, folgte. Sofort schien aber auch schon fast das ganze Innere des ausgedehnten Baues in Feuer zu stehen. . . . Die hinzueilenden Leute, denen sich Soldaten aus der Kaserne zugesellten, taten zur Rettung der in das Gebäude beschäftigt Gewesenen, Frauen und Mädchen, was nur irgend wie möglich war. Für viele kam aber die Hilfe schon zu spät. . . . Die Unglücklichen, die in den langen Ecken meist vor ihren Steppmatten saßen, und deren leichte Kleidung im Nu von den Flammen ergriffen worden war, mußten zum Teil unmittelbar bei der Explosion den Tod gefunden haben. Allem Anschein nach entstand der Brand im Erdgeschos und verbreitete sich mit Windeseile, wohl durch das Treppenhhaus, über alle Stockwerke. Wer von den dort tätig gewesen Arbeiterinnen nicht sofort umgekommen ist, erlitt schwere Brandwunden; nur der kleinere Teil der Frauen und

Mädchen scheint unversehrt davon gekommen zu sein. In denkbar kurzer Zeit war unter dem Kommando von Offizieren der militärische Rettungsdienst organisiert, mit dem die Löscharbeit der Feuerwehr Hand in Hand ging. Der Brand im Fabrikgebäude war innerhalb weniger Stunden gelöscht, der noch neue, knapp ein Jahrzehnt stehende Bau ist nur wenig beschädigt. Sogar die aus starkem Doppelglas hergestellten und deshalb leider recht schwer zu öffnenden Fenster Scheiben, sind zum Teil noch ganz geblieben.

Der Zeitungsverleger als Postkartenfälscher.

Rögnitzhütte, 26. Juli. Dem „Oberhessischen Kurier“ zufolge wurde gestern Abend der Verleger des „Rögnitzhütter Anzeiger“ Altmag wegen umfangreichen Postkartenschwindels und -fälschung verhaftet. Altmag hatte sich aus einer Kattowitzer Druckerei Klischees beschafft, womit er in seiner Druckerei Postkarten für die polnischen Kreise Warschau und Sosnowitz herstellte. 50 Proz. der in diesen Kreisen den Postämtern abgegebenen Postkarten waren gefälscht. Die Druckerei wurde geschlossen und das Erscheinen der Zeitung eingestellt.

Abflug in den Alpen. Salzburg, 26. Juli. Der Wiener Universitätsprofessor Dr. Alexander Weill Ritter von Weilen ist

vorgestern in Göttingen durch Abflug über eine Felswand tödlich verunglückt. Die Leiche wurde nach mühevollen Suchen gestern gefunden und geborgen.

Briefkasten der Redaktion.

W. N. 1887. Wir können uns nicht entsinnen, von Ihnen eine Anfrage erhalten zu haben. Sie mögen diese also wiederholen. — P. U. 20. 1. Das Amtsgericht hat mit dem Kaufvertrag nichts zu tun, denn Sie, unabhängig davon, schließen. 2. Sie können beides innerhalb einiger Tage erledigen. — G. M. 18. Kriegsgeltrauen wird Untersuchung nicht geschürt. Wenn sich nach Eingebung der Ehe in den Erwerbverhältnissen nichts geändert hat, wird Bedürftigkeit als nicht vorliegend erachtet. — J. S. 301. Die Auslastung der Steuerbescheide ist richtig. Zur Gemeindefinanzverwaltung können Sie verpflichtet werden. — H. S. 86. Freiwillige Mitgliedschaft kann nur im Anschluss an Zwangsmitgliedschaft erworben werden. — G. D. 61. Der Vermieter ist zu beidem berechtigt. Sie bean. Ihre Ehefrau konnte das Mietverhältnis zum Aufhebung anrufen. — J. M. 17. 1. Da Ihr Einkommen über 3000 M. betrug, sind Sie auch jetzt steuerpflichtig. 2. Ja. — A. T. 20. Eine Reklamation ist völlig ausgeschlossen. Auch die Unterstutzung für das Kind kann entzogen werden. Wenn Ihr Einkommen aber nicht größer ist, als Sie angeben, so sollte die Unterstutzung für das Kind gezahlt werden. Erheben Sie Beschwerde. — Wehr. W. 2. Anspruch auf Raucherpausen haben Sie nicht. — K. Det. 1. Nicht Kriegsgeltrauen, sondern der zum Heere eingezogene Soldat ist steuerfrei, wenn sein Einkommen nicht 3000 M. beträgt. Das Einkommen der Frau gehört zum Einkommen des Ehemannes. Sie ist deshalb steuerfrei. 2. Nein. 3. Was für ein Antrag? 4. Nein. — D. 50.

Das Stellvertretende Generalkommando entscheidet darüber endgültig. — Müller 3. 1. Sie können durch einen Nachtrag das erste Testament anheben und den Sohn mit dem gleichen Erbteil wie die anderen Kinder bedenken. 2. Den Nachtrag können Sie im Hause aufheben. 3. Das Stichtag ist die Hälfte vom gesetzlichen Erbteil, in Ihrem Falle also 500 M.

Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am		Wasserstand am	
24.	25.	24.	25.
em	em	em	em
Memel	128	Saale	34
Vregel	29	Havel	40
Weichsel	20	Rathenow	15
Oder	90	Spree	74
„	74	Spreewitz	106
„	83	„	103
„	4	„	170
„	—	Rhein	454
„	—	„	207
„	—	„	175
„	—	„	29
„	—	„	91
„	67	„	2

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Heißlich warm, vorherrschend wollos, mit leichten Regenfällen, frühweiche Gewitter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Eintragsstraße 83-85. Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr. Telefon: Amt Norden 185, 1230, 1967, 9714.

Montag, den 29. Juli 1918, abends 6 Uhr:

Versammlung der Berliner Gürtler und Kronenschlosser im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal b). Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht und ist es dringend notwendig, daß alle Kollegen erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert. Regie Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verband der Brauerei- u. Mälzereiarbeiter.

Geschäftsstelle: Verwaltungsstelle Fernsprecher: C 54, Mulackstr. 10. Berlin. Amt Norden, 4518.

Sonntag, den 28. Juli, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 1):

Generalversammlung.

- Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 2. Quartal 1918.
 2. Bericht über den Stand der Bewegung zur Erhöhung der Löhne und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Mälzereien und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.
 3. Besondere Angelegenheiten.
- Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch oder Karte berechtigt zum Eintritt.

Vornehme und preiswerte **MÖBEL** Einrichtungen. Ansehen Sie nach wie vor in großer Auswahl bei **B. FEDER**. Norden: Braunerstraße 1. Ost: Frankfurter Allee 350. Süd: Kottbuser Damm 102. Westen: Charlottenb., Scherzstr. 5. Gegen bar und zu erleichterten Zahlungsbedingungen. Herrenzimmer, Speisezimmer, Wohnzimmer, Schlafzimmer, Salons, Farbige Küchen in jeder gewünschten Holz- und Stilart. Weisslackierte Schlafzimmer. Sonntags von 6-10 Uhr geöffnet.

Duftige Blusen
Wundervolle Kleider
Gutsitzende Röcke
Tadellose Seidenmäntel
Mäntel und Kostüme

kauft man preiswert und gut in sehr großer Auswahl beim altbekannten Spezialgeschäft

W. Bernhard Nacht.
Berlin SW, Belle-Alliance-Straße 105 u. 101.
Es wird gebeten, beim Einkauf das Inserat mitzubringen.

Norddeutsche Gemüsbau-Genossenschaft
e. G. m. b. H.
Frischer **Wirfing Kohl** und andere Gemüsorten (unter Höchsterpreis). Nächste Woche ein Wagon **grüne Bohnen**, auch kleinere Mengen **Obst**. Abgabe nur an Mitglieder in unseren **Verteilungstellen**. Geöffnet täglich 9-12 und 4-7. Sonntags 8-10. Glöcker Str. 78 (Ecke Adlersp.), Bantstr. 49 (Rübe Badstraße), Buchstraße 3 (beim Birchow-Krankenhaus), Wilhelmshavener Str. 70 (Rödel), Sobenhagener Straße 4 (Schönhäuser Allee), Christburger Straße 2 (Frenzlauer Allee), Veierdörger Straße 4a (Frankfurter Allee), Bogdager Str. 19 (Rübe Vorhauer Straße), Kottbuser Straße 18 (Rübe Hochbahnhof), Bergmannstraße 21, Anstaltenstraße 148 (Rübe Potsdamer Straße), Wilmersdorf: Dörfer 38, am Ringbühl, Charlottenburg: Viechtbraustraße 1 (Bel. Saniationshof), Anobelsdorffstr. 50 (Rübe Sophie-Charlotte-Platz), Neukölln: Kaiser-Friedrich-Straße 15. 85/18. Neue Mitglieder können noch aufgenommen werden. Nur private Verbrauch. Zwischenhandel ausgeschlossen. Näheres in den Verteilungstellen während obiger Geschäftsstunden und im Verwaltungsbureau der Norddeutschen Gemüsbau-Genossenschaft, Burgstraße 27, III. Stod, Zimmer 76 (h. Zirkus Str.), tägl. v. 10-7.

Spezialarzt
Dr. med. Kecken für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Gelenkkranken. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berührung in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters. Fäden im Harn usw. Friedrichstr. 81, gegenüber Königstr. 56/57, gegenüber Rathaus. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonntag 10-1. Honorar mäßig, a. Teilzahl. Separates Dameszimmer. Unicefot - Briefsteller 4,- Mail, Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3 (Laden).

Unentbehrlich für jeden Haushalt, Beamten, Arbeiter und Pferdebesitzer ist meine **Hand-Näh-Ahle** „Einzig“ D. R. G. M. Jeder sein eig. Gürtler u. Schuster. Sie näht Steppstiche wie die Maschine. Man kann Schuh, Geschürre, Leder u. Wagned., Sättel, Treibriemen, Schulranzen, Tornister, Reisetaschen, Senzel, usw. sowie alles nur denkbare Lederzeug selbst stiften. Nicht zu verwechseln mit anderen minderwertigen Nähnäheln. Preis h. Stück mit 3 verschiedenen Nadeln 4.50 2 Stk. 8.50 4 Stk. nur 16.- unter Nachn. Porto u. Verpackung frei. Uns Geld nur gegen Voreinsendung des Betrages. **Georg Boh.** Verlanthaus Straburg i. C. Sontagendämmer Str. 40.

Ortskrankenkasse der Gürtler zu Berlin. Zu der am Sonnabend, den 3. August, abends 7/8 Uhr, im „Restaurant Gottlieb“, Brannenstr. 69, Hof 1 Treppe, stattfindenden außerordentlichen **Auschießung** werden die Herren Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitermitglieder im Ausschuss hiermit ergeben eingeladen. Tagesordnung: 1. Abänderung des § 50 Abs. 1 a sowie Abs. 2 a und b der Satzung. 2. Verschiedenes. Auftragen und Beschieden, zu denen die Einsicht der Geschäftsbücher erforderlich ist, sind dem Vorsitzenden des Vorstandes bis zum 31. Juli schriftlich zu unterbreiten. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Eine Vertretung ist unzulässig. Berlin, den 27. Juli 1918. Der Vorstand: Gustav Wolf, stellv. Vorsitzender. Die den Herren Vertretern zugehende Einladungskarte dient als Ausweis und ist am Eingang abzugeben. 269/7

Möbel jeder Art sowie ganze Nachlässe faulst höchstzählend Froesch. Neukölln, Steinmetzstr. 4. Telefon: Neukölln 1045.

Silberne Hochzeit feiern heute die Eheleute **Loopold Leih Schanzor** und Frau Julie geb. Altmann (28035) geb. 5.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Werkzeugmacher

Reinhold Schnelle Dr. Frankfurter Straße 13, am 21. Juli gestorben ist. Die Beerdigung findet am Montag, den 29. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in der Lindenallee gegen 11 Uhr statt. Regie Beteiligung wird erwartet.

Nachruf. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Schlosser

Emil Winterstein Hagenstr. 17, am 19. Juli gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! 115/16 Die Ortsverwaltung.

Verband d. Maler, Lackierer, Anstreicher. Filiale Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß Kollegen

Paul Nitsche (Lackierer) am 20. Juli verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Am 27. Juli verstarb der Kollege

Robert Zimmermann (Möbelbranche) Ehre seinem Andenken! Seine Beerdigung findet am Sonnabend, den 27. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Städt. Friedhofes in Stahnsdorf statt. 115/4 Die Ortsverwaltung.

Marie Küncke Gringener Allee 46h. In den 14 Jahren, die die Dahingeklebene im Hause wohnte, haben wir sie lieblich und ehren gelernt. Etwas unermüdet, jeden gern gefällig und immer hilfsbereit zu jeder Zeit und Stunde, werden ihr alle, die sie kannten, ein ehrendes Andenken bewahren.

F. Dietrich. 2807b Preitgen-Allee 46a. Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachmittags 3/4 Uhr, vom Kronenbause in Bernau nach dem dortigen Friedhof statt.

Westmann,
1. Geschäft: Berlin W., Mohronstraße 37a
2. Geschäft: Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115.
Sonntags geschlossen.

Imprägnierte Seidenmäntel 175, 210 usw.
Pelzmäntel (Prachtstücke) kurz u. lang 1200, 1800 usw.
Seiden-Kostüme Herbst-Kostüme, Neuheit Entzückende Auswahl, 205, 250 usw. Flotte Form, gute Stoffe, 180, 210 usw.
Seiden-Röcke, Stoffröcke 65, 79 usw.

Volkslieder für Heim und Wanderung im Auftrage der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegeben von Hermann Böse. Das Buch enthält auf 280 Seiten 300 Volkslieder mit Noten und eine Einführung in das Lautenspiel. 100 Lieder sind mit Akkordbezeichnung versehen, natürlich durchweg mit einfachsten Harmoniegängen. Klavier- und Lautenspieler wird diese Einrichtung willkommen sein. Taschenformat gebunden. Preis 2 Mark. Buchhandlung Volksblatt Harburg Gr. Schippsee 18.

Korken zu den feinsten erhöhten gefüllten Korken liefert **Sperber,** 296/19, Reichenstr. 13, Koch. 4803. Sogel, Kullhäuser. Wird auch abgeholt.

Alkohole, Getränke
Franz Abraham Paul Meisinger u. Kömmerling-Kell. C. 15 Barierstr. 14, Fernsp. East. 13709
Banagen, Hantelw. R. Banks, Stralauer Str. 14.
A. E. Lange, Brunnenstr. 102
Kocher u. Konditorien
Otto Wolf, Treppow, KRUM, 14
Bado-Anstalten
Moukkin Anzengruberstr. 25.
Koppentz, 22
älteste Bäder.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 73.
Reform-Bad, Wiener Str. 25.
Blutbrauerei, Bierhandlg.
Brauerei Bützow empfängt **Qualitätsbiere** ersten Ranges.

Bezugsquellen-Verzeichnis Erscheint 2 mal wöchentlich. Untereinander Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Walter, Eise, Käse
Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen.
Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R. 43 Verkaufsstellen
August Holtz 15 Detail-Geschäfte
Eiselfabriken
Timmer-Essig überall erhältlich
Kanz. Welt-Wollw., Trikotag. Hermann Meyer, Südstr. 21.

Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt, Fallandenstr. 97 Tel. Kgs. 3051, 3052
Kerren-u. Knabengard. Badstr. 26, Ecke Prinses-Allee.
J. Baer
Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26 Nähmaschinen
Singer Nähmaschinen Läden in allen Städten.

Fischer u. Jungs Otto Knael, Alte Jakobstr. 26.
Eisen, Stahl, Waffen, Werkz. Carl Jung, Stromstr. 11.
Köhmann, P. Müllerstr. 10b, E. Seest
Räder, Ritzgen, Pelzwaren
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19
Wohnzimmungen
Bethke, Georg, Straße 44-46
Brückle, Ernst 21, Kaiser-Friedr. Str. 44, Wasserstr. 129, Friedrichstr. 22
Trapp, Fritz-Straße 64
Gaede, Otto Charlottenburg.
F. W. Sichter Wrangelstr. 75 Ecke Currystr.
Gutker, Mechaniker Schubert, Carl-Nikolai-Bergstr. 145
Uhren u. Goldwaren Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40

Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N.W. 21 Alt Moabit 98/103 = Ältester und größter Milch- und Käse-Produzent. — Großbetrieb —
Photogr. Apparat M. Albrecht 50, Kottbuser Str. 2, auch Göttinger Str. 12.
Wine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Boling 60 Filialen in allen Städten.
Herrn. Meyer & Co. Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Archangelsk.

Eigentümliche Ironie der Geschichte: Engländer sind es einst, vor mehr als 350 Jahren, gewesen, die den Anlaß zur Einsetzung und zum ersten Aufschwunge der Stadt Archangelsk gegeben haben. — Engländer sind es heute, die von der Murmanküste aus Russlands nördlichste Hafen- und Handelsstadt bedrohen und gegen die dort die Sowjet-Republik den Widerstand zu organisieren sich bemüht. Eine merkwürdige Schöpfung ist diese „Erzengelstadt“ (denn das bedeutet ja ihr Name) hoch oben in Russlands eifernem Norden, in einer höchst unwirtlichen Gegend, wo der Dwinaitrom in verschiedenen Armen seine Klüften in das Weiße Meer wälzt. Für den, der sich Archangelsk von der Landseite her nähert, bildet es wohl eine große Überraschung, in dieser Umgebung auf eine Stätte lebhaften Handelsverkehrs, auf einen Kulturmittelpunkt zu stoßen. Denn das Hinterland der Stadt wird von öden, unübersehbaren Ebenen gebildet, auf denen kein Baum, kein Strauch, kurz nichts die unträgliche Einsamkeit unterbricht und belebt; und dies tote Land stößt an ein totes Meer, dessen Küste von granen, düsteren Felsenbergen begleitet wird. Um so überraschender und erquicklicher ist dann der Anblick dieser belebten Stadt mit ihren langen, dem Dwinaitrom parallel sich hinziehenden Straßen, wo die Holzhäuser jetzt nur noch die Ausnahmen bilden, mit ihren von Gärten umrahmten, hübschen Villen, ihren Denkmälern und geschäftlichen Leberreizen. Zwar hat sich Archangelsk trotz seines großen Handelsverkehrs einen kleinstädtischen Charakter bewahrt, aber auf dem Troitzki-Prosperkte entfaltet sich doch noch immer ein munteres, reges Leben, das von jeder einfaß internationale Gepräge getragen und durch die Vermischung des lappischen und samojedischen Elementes auch einen besonderen ethnographischen Einschlag empfangen hat. Die Straßen der Stadt ziehen sich kilometerlang den Fluß abwärts, bis sie schließlich an der mit Archangelsk durch eine Brücke verbundenen Hafeninsel Solomala ihre Gasse finden. In jedem Frühjahr, wenn das Eis taut, ist diese Insel tagelang überschwemmt, viele Häuser stehen dann bis zum Dache unter Wasser, und die Bevölkerung fährt in Rädhnen durch die Straßen.

Hier stand in der Mitte des 16. Jahrhunderts nur ein einfaches Kloster. Da geschah es im August 1583, daß durch Stürme ein englisches Schiff in die Mündung der Dwinaitrom verfrachtet wurde. Es war das letzte einer von Aufschwung einer nordöstlichen Durchfahrt durch das Eismeer angelegten englischen Expedition unter Richard Chancellor, das in dem damaligen kleinen Hafenplatz Cholmogori — 70 Werst unterhalb des heutigen Archangelsk — freundlich aufgenommen wurde. Daraus entspringen sich nun zwischen Russland und England Handelsbeziehungen über das Weiße Meer, die zur Gründung der Stadt Anlaß gaben. Lange waren die Engländer in ihrem Handel die Härenden — es war übrigens dieser Handel von jeder sehr einseitiger Natur, insofern Archangelsk stets nur als Ausfuhrhafen russischer Waren gedient hat, während die Einfuhr nie diesen Weg benutzte und die Schiffe daher auf der Rückfahrt häufig mit Sandballast zu fahren pflegten. Im Laufe der Jahrhunderte haben aber auch hier die Deutschen die Engländer mehr und mehr zurückgedrängt; der 1684 erbaute „deutsche Kaufhof“ erinnert daran, und schließlich hatte sich in Archangelsk eine russische deutsche Kolonie gebildet, die in ihrer lutherischen Kirche einen Mittelpunkt hatte. Während des Krieges hat die Stadt am Weißen Meer höchst merkwürdige, beinahe märchenhafte Zeiten erlebt. Amerikanische Flotte schienen da für Archangelsk hereinzubreaken. „Via Archangelsk“ war die Marke, die auf Tausenden und aber Tausenden von Risten, Säden, Ladungen und Frachten aller Art aus Amerika zu Iesen stand; zu hohen Stapeln türmten sich diese Sendungen in der der Bewältigung eines solchen Verkehrs nicht gewachsenen Stadt, und soleglich strömte hier jenes bekannte internationale Publikum zusammen, das sich überall einfindet, wo das Spiel der Millionen gespielt wird. Und Millionen sind während der Kriegszeit in Archangelsk verdient und erwirtschaftet worden.

An Geld hat es aber hier, in der Dede des höchsten Nordens, überhaupt nie gefehlt; dafür hat schon das berühmte Solomewskij-Kloster gesorgt, jene auf einer Insel vor der Dwinaimündung gelegene, alte und große geistliche Anstalt, in deren Betrieb sich Religion und Geschäft so eigentümlich verbinden. Denn das Kloster ist ein Heiligtum ersten Ranges, zu dem in der Sommerszeit wohl 30.000 Pilger wallen, und sein Archimandrit genießt Rang und

Stellung eines Fürsten. Zugleich aber füllen die Mönche die langen Tage ihrer klösterlichen Einsamkeit mit einer höchst regen industriellen und gewerblichen Tätigkeit aus, durch deren Erzeugnisse sie einen so großen Umsatz erreichen, daß das Kloster davon ein sehr beträchtliches Einkommen bezieht. Und was fertigen die Mönche nicht alles an! Ihre Tätigkeit erstreckt sich vom Perlenhalbbande bis zum Eisenwerkzeuge, sie nähen Kleider und Pelze, malen Bilder, kesen Holzschmiedereien her, gerben und bereiten Leder, stricken Strümpfe, spinnen, schleifen Edelsteine, fertigen Werkzeuge an, machen Kränze ein; außerdem versehen sie noch den auf ihrer Klosterinsel eingerichteten Wetterdienst und sind als tüchtige Seeschiffer bekannt. So hat sich dies Kloster zu einer Stätte regen menschlichen Schaffens mitten in der Dede des Weißen Meeres entwickelt.

(Falls die Volkswirtschaft in Archangelsk die Macht in Händen haben, dürfte das Kloster inzwischen in eine Arbeitsgemeinschaft verwandelt sein. Der Beschl. erging jedenfalls dazu.)

Tyrannen des Alltags.

Der neugierige Obstbändler.

Eine stattliche Menschenkralche an einer Strohhede läßt vermuten, daß es da etwas ganz „Seltenes“ gibt. Also: Obst. Die Abnung trag doch nicht: Kirichen. Zwei Pfund zu einem Betrag, der den Höchstpreis weit hinter sich läßt. Auf die bescheldene Frage, ob man nicht ein Pfund haben könne, erhält man die Antwort: „Nein! Sie haben wohl nicht so viel Draht bei sich?“

Die Gemüsefrau „mit die Ruhe“.

Als ich den Laden betrete, sieht eine sehr selbstbewußte, nicht gerade unterernährte Frau hinter dem Ladentisch und überhört selbstverständlich meinen Gruß. Sie ist gerade in ein interessantes Gespräch mit einem Bekannten vertieft. Man wartet und teilt dies Schicksal im übrigen mit sechs bis acht Personen, die lange vorher da waren.

Nemand räuspert sich schüchtern. Die Ladeninhaberin hat nichts gehört.

Man wartet wieder eine Weile. Endlich wagt eine ältere Frau den Hinweis, daß sie keine Zeit mehr habe. Ein vernichtender Blick strahlt die Unverschämte: „Immer mit die Ruhe. Was wollen Sie denn?“

Die ältere Frau: „Sie haben da Möhren im Schaufenster.“

Die Gemüsefrau: „Ja.“

Die ältere Frau: „Der Preis?“ Die Gemüsefrau nennt einen Betrag, für den man früher ein Vielfaches hätte kaufen können.

Die ältere Frau bestimt sich einen Augenblick. Die Gemüsefrau: „Wenn Ihnen das zu teuer ist, Sie müssen sie nicht kaufen. Die Möhren werden auch ohne Sie alle!“

Die ältere Frau kriegt einen roten Kopf und geht schweigend hinaus.

Der Mann, der nichts Eiliges macht.

Nachdem man die ganze Woche einen inneren Anlauf genommen hat, um den Schuhmacher aufzuwachen, wagt man schließlich diesen schwierigen Weg. Auf das zaghafte Anfluchen ruft niemand herein. Man geht trotzdem hinein und wird deshalb mit einer Miene empfangen, wie wenn man der Steuerhölle wäre.

Der Mann auf dem Schirmel hört das demütig vorgebrachte Anliegen mit einem Gesicht an, in dem Verachtung und spöttische Ironie um die Herrschaft ringen. Nachdem man geendet, gibt er die folgende vernichtende Antwort: „Gib! Darauf hab' ich bloß gewartet. Wenn Sie keine Zeit haben, ich hab' schon gar keine. Eilige Sachen mach' ich überhaupt nicht. Nehmen Sie Ihren Kram nur wieder mit.“

Der Menschenkenner.

Bei den jetzigen Preisen für Zigarren kann man sich den Genuß einer halbwegs rauchbaren Zigarre kaum noch leisten. Mein bisheriger Lieferant hat nur noch Ware für wehrbeitragsschichtige Käufer. Ich gebe also gelegentlich zu einem anderen Händler.

Man zeigt mir einige Sorten. Die billigste kostet 80 Pf., steht aber aus, wie vor dem Kriege eine 3-4 Pf.-Zigarre. Ich verzichte unter diesen Umständen auf einen Kauf und will eben wieder den Laden verlassen, als mir der Mann am Ladentisch nachruft: „Hören Sie, ich hab' Sie angesehen, daß Sie nichts kaufen. Ich lenne meine Pappenzimmer! Machen Sie's nächste Mal einen anderen glücklich!“

Warum hört das Wachstum auf?

Das menschliche Wachstum ist, an der relativen Gewichtszunahme bemessen, kurz nach der Geburt am größten und nimmt von da ab langsam, aber stetig ab. Beträgt die Gewichtszunahme im ersten Jahre 200 Proz., so sinkt sie im zweiten auf etwa 25 bis 30 Proz., im dritten auf 50 Proz., im vierten auf 15 Proz. und im fünften auf weniger als 10 Proz., um allmählich immer weiter zu sinken und im 22. bis 24. Lebensjahre ganz aufzuhören. Die Gründe dieser Verzögerung und des völligen Aufhörens des Wachstums hat Dr. Alexander Lippich in einer Untersuchung behandelt, deren Ergebnisse in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“ mitgeteilt werden.

Das Wachstum beruht auf Zellteilung, die Verzögerung des Wachstums wird also durch Hemmung der Zellteilungsgeschwindigkeit hervorgerufen. Woodruff hat nun durch Versuche nachgewiesen, daß die Hemmung eine Folge von Selbstvergiftung durch Stoffwechselprodukte ist. Er brachte Eingelagerte (Paramecium), die sich täglich zweimal teilen, täglich in eine neue Nährlösung und erreichte dadurch, daß der Zeitraum der Teilung ziemlich gleich blieb. Würde die Nährlösung jedoch nicht verändert, so nahm die Teilungsgeschwindigkeit ständig ab, um nach einigen Tagen völlig zu erlöschen, so daß die Kolonie ausstarb. Die Abnahme der Teilungsgeschwindigkeit trat auch ein, wenn die Zelle in eine Nährlösung gebracht wurde, in der schon Tiere derselben Art gehalten worden waren: in einer Nährlösung mit Tieren einer anderen Art blieb sie dagegen die alte. Denselben Einfluß üben die Stoffwechselprodukte auch bei den mehrzelligen Organismen aus, und ebenso wirken hemmend auf das Wachstum die im Innern der Organismen abgelagerten Stoffwechselprodukte. In den Nervenzellen des Menschen findet man im Alter beträchtliche Mengen von Pigment eingelagert. Während man diese Ablagerungen früher für eine Folge der geringeren Widerstandsfähigkeit der Zellen im Alter hielt, haben Mühlmann und Schreyer nachgewiesen, daß sie schon im frühesten Kindesalter anfangen. Die Ablagerungen sind also nicht die Folge der Greisenhaftigkeit, sondern dieses ist umgekehrt eine Folge der Ablagerungen. Unter dem Einfluß der Stoffwechselprodukte wird die Assimilation der Zellen vermindert und damit die Teilbarkeit verlangsamt; mit der Zunahme der Ablagerungen nimmt also die Wachstumsbeschwindigkeit ab. Während in der Jugend die Zelle mehr Nahrung aufnimmt, als sie für ihren Fortbestand nötig hat und den Überfluß zur Vergrößerung und Teilung gebraucht, nimmt infolge der Ablagerungen die Nahrungsaufnahme langsam ab, bis schließlich kein Überfluß mehr vorhanden ist und so das Wachstum aufhört. Da die Assimilation aber immer noch weiter fortwähren und die Assimilation immer schwächer wird, reicht schließlich die von der Zelle aufgenommene Nahrung für ihren Fortbestand nicht mehr aus, und der Tod tritt ein.

Notizen.

— Ein Zeichen der Zeit. Eine kleine Vierteljahresschrift „Deutscher Atomismus“ beginnt in Berlin zu erscheinen. Einer jüngeren Forderung unserer Zeit, die in Materialismus nahezu versinkend notwendig nach geistigem Gegengewicht ruft, will sie sich der Antändigung dadurch entsprechen, daß sie die Kulturwerte der Berliner Frühromantik wieder erweckt. Gütige Lebensfreude im Geiste der Plauen Mühle soll lautere Luft werden für bestische Weltanschauung und langes Erleben des ewig Guten und Schönen. — Auch eine Plucke vor dem Kriege.

— Die Russen gegen den Kleidungszwang. Das Nonjettpublikum, die Götze in den Nonjettassessoren werden sich an ein neues Modus geschmücken. Seit Dondos's Zeiten ist es Pflicht des Mannes, seine Anst in ständiger Kleidung anzulegen. Diese Pflicht wird jetzt von der Weingartenpflicht und dem Mangel an Kleidungsstücken überhaupt in so hohem Maße beeinträchtigt, daß sich die Russen zu einem Protest gegen den Kleidungszwang genötigt haben. Die Mäntel werden sich in Zukunft in der Kleidung nicht mehr von ihren Fußstapeln unterscheiden.

— Choleraimpfung in Stockholm. In der von der Cholera bedrohten schwedischen Hauptstadt, deren Bewohner jedem Antrittsverdacht gegenüber stets ganz besonders ängstlich sind, wird der Luftstrom derer, die sich gegen die Seuche impfen lassen, täglich größer. Vereinzelt vergangener Sonnabend teilten eine ganze Reihe von Herzen mit, daß sie den ganzen Tag lang ununterbrochen mit Injektionen zu tun gehabt hätten. Einen Impfungsweg hält die Medizinalverwaltung vorläufig nicht für notwendig.

Lodz. Das gelobte Land.

Roman von W. S. Reymont.

„Diebisch oder nicht diebisch, das ist für mich Papier! Wir geht's um ganz was anderes, ich will, daß Häuser gebaut werden, daß Fabriken gebaut werden, Straßen angelegt, die Verkehrsmittel erweitert, Wege angelegt werden! Ich will, daß mein Lodz wächst, daß es prachtvolle Paläste besitzt, schöne Gärten, daß großer Betrieb herrscht, großer Handel und großes Geld!“

„Für den Anfang gib's ja schon großen Schwundel und große Schundwaren.“

„Das ist kein Fehler, daraus wird das große Lodz entstehen.“

„Und unterdessen soll der Vitz es verschlingen. Gute Nacht, Herr Dalpern.“

„Gut Nacht, Herr Trawinski. Das ist nicht Ihr letztes Wort über Lodz.“

„Mein letztes und ganz aufrichtiges. Drosche!“ rief er.

„Der arme Schluder!“ flüsterte Dalpern verächtlich und kehrte um. Langsam schleppte er sich zurück und schaute wieder zu den Häusern empor, zu den Fabriken, und bestaunte mit den von der Nacht dieser Stadt bezauberten Augen alles, die Läden, die Lager und die Leute.

Trawinski fuhr nach Hause.

Er wohnte ziemlich weit ab. Fast am Ende der Konstantinstraße ließ er in eine dunkle und so dreieckige Gasse einbiegen, daß der Rutscher gar nicht hineinfahren wollte.

So ging er denn zu Fuß auf der Spitz eines Bürgersteigs, der sich etwas über das Niveau der ungepflasterten Straße erhob.

Die Häuser waren von Handwebern bewohnt. In jedem Fenster huschten die Silhouetten von Werkstätten und Menschen vorbei, Gepolter und Geknatter erfüllte die ganze Straße. Selbst die niedrigen, schiefen kleinen Stockwerke, die sich hier und da erhoben, erklangen und erzitterten von dem Widerhall der Arbeit.

Diese völlig verlassene Gegend, die in Rot schwamm und ganz verschieden war von dem andern Lodz, beherrschte die Müllerische Fabrik mit ihren vierstöckigen Gebäuden, die aus dem Meer der niedrigen Häuschen und Gärten emporwachsen und mit ihren tausend Fenstern und ihren elektrischen Sonnen triumphierend leuchteten.

Wie ein mächtiges Kräftereservoir erhob sich die Fabrik. Der Atem ihrer Kraft schien die Reihen der elenden, schiefen

Häuser zu Boden zu drücken. Man fühlte, wie die großen, in unzähligen Maschinen aufstehenden Bauten langsam die ganze Lebenskraft dieser alten, vom Schwarz der Handweber bewohnten Gegend auslögen, wie sie die winzige Handindustrie, die hier einst blühte, und die sich immer noch mit Verzweiflung, ohne Hoffnung auf Sieg verteidigte, aufsprachen und den letzten Rest noch zermalmeten.

Bescheiden neben der Müllerischen Fabrik stand die Fabrik Trawinski, nur durch einen schmalen Garten von ihr getrennt.

Trawinski schritt durch das Tor, das ein alter, einbeiniger Veteran bewachte. Sein Gesicht war gestift wie ein alter Lumpen.

Beim Anblick Trawinski's richtete er sich militärisch auf und wartete auf seine Befehle, aber Trawinski lächelte bloß dieser archaischen Erbschaft seiner Väter zu und ging ins Kontor, wo einige Leute über Büchern schlummerten; dann war er einen Blick in die Spinnerei, über den Wall von Transmissionen und im wahnwitzigen Treib surrenden Riemens, auf die schweren, schrägen Bewegungen der Selsaktoren, die wie ungeheuer laueren, ihr weißes Rückgrat krümmend, von den sie bewachenden Arbeitern schwerfällig wegziehen und ebenso wieder zurückziehen, unablässig Hunderte von Baumwollfasern wie Schleimstreifen hinter sich herziehend, die sich dann auf die schnarrenden, weißen Spulen aufwickelten. Er trat zurück und ging über einen langen, von gelben Gasflammen erhellen Hof, die neben den elektrischen Lichtern der Müllerischen Fabrik wie Traperkerzen brannten.

Rückwärts im Garten stand ein einstöckiges Haus, mit der Front gegen den Fabrihof und der Seite gegen eine verlassene Gasse.

Hinter den verhängten Fenstern brannte Licht.

Trawinski durchschritt einige schon möblierte, warme und sehr stille Zimmer, in denen es leicht nach Nagninthen duftete, und betrat ein kleines Poudoir.

Die Teppiche bedeckten so dicht das Parkett, daß seine Frau ihn nicht hörte. Sie sah bei der Lampe und las.

„So allein sitzt du hier, Nina?“ fragte er und setzte sich neben sie.

„Wen sollte ich denn bei mir haben?“ erwiderte sie traurig.

„Daß du geweint?“

„Nein, nein.“ leugnete sie und wandte den Kopf vom Licht weg.

„Tränen hab' ich gesehen.“

„Ich war so traurig hier allein!“ flüsterte sie, rückte an ihn heran und zog mit einer weichen, wunderbaren Be-

wegung seinen Kopf an ihre Brust. Tränen stiegen ihr wieder in die Augen. „Ich habe auf dich gewartet, dieser Regen fiel immer so einträchtig herab und klopfte gegen die Scheiben und auf die Dächer und kullte so eigentümlich in den Steinsteinen; ich hatte Angst, Angst um dich.“

„Warum um mich?“

„Ich weiß nicht, warum, aber ich hatte so böse Vorahnungen. Aber dir fehlt doch nichts, nicht wahr? Ist gesund und ruhig, nicht wahr?“ flüsterte sie, ihn umschlingend. „Doch warum bist du so traurig?“

„Dies furchtbare Wetter, wie soll man da gut gelaunt sein.“

Er löste sich aus ihrer Umarmung und begann im Poudoir auf und ab zu gehen. In seinem Herzen wühlte ein Sturm. Er fühlte, wenn er ihr alles sagen könnte, wenn er sie in alles einweihen könnte, dann würde ihm diese Weichte eine große Erleichterung schaffen; aber als er auf ihr schönes Gesicht blickte, das sich unter der Lampe neigte, in dem milden Lichtschimmer über ihrem vollen, kastanienbraunen, an den Schläfen goldig leuchtenden Haar, da fühlte er auch, um nichts in der Welt würde er es ihr sagen.

Immer langsamer ging er im Zimmer herum und labte sich mit einem Gefühl grümmiger Erleichterung an dem stillen Frieden der Wohnung; mit fremdem Blick schaute er auf die vornehmen Möbel und die unzähligen Kleinigkeiten, wirkliche Kunstwerke von großem Wert, die in einer Reihe von Jahren aus allen Ecken der Welt für Nina zusammengesammelt hatte, denn ihre aristokratische, empfindliche Künstlernatur, ihre mimosenhaft zarte Seele fühlte sich erst wohl, wenn Schönheit sie umgab.

Aber jetzt vor dem Nain, der ihn erwartete, zermüdete ihn ein furchtbarer Schmerz, die Angst vor dem morgigen Tag, der nun kommen sollte und ihn alle diese Schätze und die Ruhe und sein Glück nehmen sollte.

„Was anfangen?“ dachte er dumpf. Als Antwort kam ihm immer wieder nur ein Gedanke in den Sinn: den Vater nochmals um Hilfe zu bitten. Für einen Augenblick rief ihm dieser Gedanke fort, freudig und triumphierend blickte er umher, aber bald erloschen die Blicke, und wieder schaute er mit düsteren, angstvollen Augen auf seine Frau.

„Ich muß weg, Nina.“ sagte er leise. Er erinnerte sich nämlich an den alten Baum.

„Auf lange? Komm bald zurück, mein Liebster, mein Einziger!“ bat sie, sich an ihn schlingend, und küßte ihn auf die Lippen.

„Spätestens in einer Stunde. Ich gehe nur über die Straße, zu Baum.“

(Fortf. folgt.)

